

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2, — Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Lauenburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Stellung und Meinung“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimlich“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille Seite 0,70 Goldmark, Kleinspalt 1, — Goldmark, „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Goldmark (zweifach zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark, Stellungnahme des ersten Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark, Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 0,50 Goldmark, eine Goldmark — ein Teller verteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gestrichet von 9 Uhr früh bis 4 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonntag, den 19. Juli 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postcheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Auf dem Weg zur Einigung.

Vor der Einladung Deutschlands.

London, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Einladung Deutschlands zu den Schlussberatungen ist bis jetzt in den Kommissionen noch nicht besprochen worden. Sicher ist jedoch, daß die britischen, amerikanischen und belgischen Delegierten es für zweckmäßig halten, wenn Deutschland Gelegenheit findet, seinen Standpunkt zu den Ergebnissen der Konferenz darzulegen. Eine ernsthaftige Gegnerschaft von französischer Seite gegen die Einladung Deutschlands wird nicht befürchtet. Man rechnet damit, daß die nächste Vollsitzung bereits die Einladung der deutschen Reichsregierung beschließt.

Die Ausschularbeiten.

London, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der erste Ausschuss, der sich u. a. auch mit der Rolle zu beschäftigen hat, die der amerikanische Delegierte in der Reparationskommission bei der Feststellung etwaiger deutscher Verfehlungen spielt, ist der Schlußpunkt sehr harter Debatten gewesen. Der amerikanische Delegierte Logan übernahm die Führung in der Diskussion, um zwischen dem britischen und französischen Standpunkt zu vermitteln. Der britische Vorschlag gibt dem amerikanischen Vertreter in der Reparationskommission mehr Macht als die Franzosen ihm zugestehen wollen. Logan legte dar, daß die amerikanische Ansicht über diesen Gegenstand von der britischen Ansicht, die Schatzkanzler Snowden vertrat, materiell nicht abweicht. Perretti della Rocca, der die französische Sache vertrat, blieb fest dabei, daß

Frankreich dem amerikanischen Mitglied der Reparationskommission kein Vetorecht zugesprochen

habe. Zwischen diesen beiden Standpunkten war eine Vermittlung im Ausschuss unmöglich. Es wurde deshalb nötig, um die Fortsetzung eines einseitigen Vorschlags in der Vollversammlung zu ermöglichen, ein Kompromiß zwischen dem britischen und französischen Vorschlag zu finden. Verhandlungen zu diesem Zweck haben am Freitag vormittag bei Macdonald mit den Führern der Hauptdelegationen stattgefunden. Der dritte Ausschuss, der die technischen Maßnahmen für die

deutschen Zahlungen und ihre Umwandlung in Devisen zu beraten hat, ist mit seiner Arbeit fertig. Er will der Vollkonferenz vorschlagen, daß im Fall von Differenzen zwischen dem sogenannten Transvaerusschuss des Dawes-Plans und Deutschland ein Schiedsverfahren eingeleitet werden soll.

Einigung auch über die etappenweise Räumung.

London, 18. Juli. (Eca.) Die französischen und belgischen Sachverständigen, die mit der Ausarbeitung einer gemeinsamen Formel über die etappenweise Räumung des Ruhrgebietes beschäftigt sind, haben sich geeinigt. Sie haben heute morgen 11 Uhr im Foreign Office eine gemeinsame Note niedergelegt, die sofort von den englischen Sachverständigen einer Prüfung unterzogen worden ist.

Die Erweiterung der Versailler Bestimmungen.

Paris, 18. Juli. (Eca.) Der Londoner Berichterstatter des „Intransigent“ berichtet, daß es im dritten Ausschusse eine Ueberwindung gegeben habe. Der Ausschuss habe erwidert, der Vertrag von Versailles bestimme, daß die Sachlieferungen nur bis 1920 zu leisten seien und daraufhin beschlossen, in der Vollsitzung den Antrag zu stellen, daß die Sachlieferungen so lange geleistet werden sollen, als die Ausführung des Sachverständigenplanes dauere. Auch die englischen Vertreter hätten sich diesem Antrage angeschlossen.

Besprechung Hoech-Renault.

Paris, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der deutsche Vorschlag v. Hoech hat am Freitagmorgen eine längere Unterredung mit dem stellvertretenden Außenminister Renault gehabt, die ausschließlich Fragen des besetzten Gebietes, insbesondere der Freilassung der Gefangenen und der Rückkehr der Ausgewiesenen gegolten hat.

Auch das Industriekomitee fertig.

Die Arbeiten des Organisationskomitees für die Industrieobligationen sind am 14. Juli abgeschlossen worden. Die Ausarbeitungen des Komitees, Gesetzentwurf, Statuten und Bericht sind am 16. Juli der Reparationskommission überwiesen worden.

Ein neuer Hochverratsprozess.

1 Jahr 8 Monate Festung.

Rölnberg, 18. Juli. (WIZ.) Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verhandelte heute hier gegen den Schriftleiter Alfred Brade aus Halle a. d. Saale, der als Schriftleiter des „Echo des Ostens“ in Königsberg eine Reihe von Artikeln veröffentlichte, deren Schluß im „Echo des Ostens“ vom 19. März 1924 dem Reichsanwalt veranlaßt hatte, Anklage wegen Hochverrats zu erheben. Der Reichsanwalt beantragte 2 Jahre 6 Monate Gefängnis und 300 M. Geldstrafe. Der Staatsgerichtshof verurteilte Brade wegen Aufreizung zum Hochverrat zu einer Festungshaft von 1 Jahr 8 Monaten und 500 Mark Geldstrafe, unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft, Vernichtung der betreffenden Zeitungsummern und der Platten und Kostentragung des Verfahrens.

Reichswehrbeleidigung?

Prozess gegen die „Dresdener Volkszeitung“.

Dresden, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Gegen den verantwortlichen Redakteur der „Dresdener Volkszeitung“, Genossen Finsterbusch, hat der Staatsanwalt ein Beleidigungsverfahren eingeleitet. Die Anklage stützt sich auf einen Artikel der Genossin Toni Sender, Mitglied des Reichstags, der sich gegen die Reichswehr und die deutsche Rechtsprechung wandte. Dieser Artikel erschien Ende April in mehreren Parteipublikationen und war mit dem Namen der Verfasserin gezeichnet. In dem gerichtlichen Eröffnungsbeschluss heißt es, daß der verantwortliche Redakteur der „Volkszeitung“ hinreichend verdächtig erscheint, gemeinsam mit einem anderen, der Reichstagsabg. Toni Sender, über Mitglieder der bewaffneten Macht in Beziehung auf ihren Beruf öffentlich nicht beweisbare Tatsachen behauptet und verbreitet zu haben, die diese verdächtig zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzumündigen geeignet sind, insofern er in der am 30. April 1924 erschienenen Nummer 101 der „Dresdener Volkszeitung“, eines „Der deutsche Rechtsstaat“ überschriebenen, von Toni Sender verfassten Aufsatz veröffentlicht hatte, in dem die Behauptung aufgestellt wird, daß die Reichswehr mit Staatsfeinden konspirierte, ihre Weiter der Republik spotteten und mit illegalen Armeen, den vorbereiteten Adressen der Konterrevolution, in Verbindung ständen, die Offiziere und Mannschaften senach Hochverrat trieben.

Dieser Prozess ist, wenn er öffentlich verhandelt wird, geeignet, eine Klarstellung zu bringen, die gleichmaßen im Interesse der Republik wie in demjenigen ihrer Wehrmacht nur lebhaft gewünscht werden kann. Man sollte trachten, sie nicht in der bei großen politischen Prozessen fast schon üblich gewordenen Art hinauszuschieben.

Toller über Niederschönenfeld.

Der Reichstagsausschuss für Rechtspflege beriet gestern über Freilassung von politischen Gefangenen und Niederschlagung von politischen Strafverfahren.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Rahr (Kommunist), beschwerte sich über die Hausdurchsuchungen bei den Kommunisten im Reichstage und Landtage und über seine Erfahrungen in Eisenach.

Dr. Säger (Soz.), Rechtsanwalt in München, teilte mit, daß Ernst Toller bereit sei, dem Ausschusse seine Erfahrungen während seiner Festungshaft mitzuteilen und beantragte eine Vertagung der Verammlung um 1 1/2 Stunden zu diesem Zwecke.

Der Vertreter Baperns ersuchte den Ausschuss, davor abzuweichen mit dem Hinweis darauf, daß die bayerische Regierung im bayerischen Landtage ausführliche Auskunft über diesen Fall gegeben habe.

In der längeren Besprechung flegte die Auffassung, daß der Strafvollzug Sache der einzelnen Länder, nicht des Reiches sei. Die Vertagung wurde abgelehnt. Dagegen wurde mitgeteilt, daß Ernst Toller heute vormittag 9 Uhr denjenigen Herren, die ihn hören wollten, im Reichstage zur Verfügung stehe.

Rahr möchte wieder regieren.

München, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Seit einiger Zeit lauscht immer wieder das Gerücht auf, daß der seit Februar d. J. von seinem Posten als Regierungspräsident von Oberbayern beurlaubte Rahr seinen Dienst wieder angetreten habe. Amtlich wird nun bekanntgegeben, daß dieses Gerücht nicht wahr ist. Rahr befindet sich auch weiterhin im Urlaub, nachdem er allerdings schon einige Male versucht hat, seinen Dienst wieder anzutreten. Bekanntlich hat er es abgelehnt, der an ihn ergangenen Anregung, sich pensionieren zu lassen nachzukommen. Es wird also der bayerischen Regierung, wenn sie die Ereignisse vom Jahre 1923 ernstlich liquidieren will, nichts anderes übrig bleiben, als Rahr bis zur Vollendung seines 65. Lebensjahres im Dauerurlaub zu belassen, da irgendwelche gesetzliche Bestimmungen für eine Zwangsverabschiedung fehlen. Eine solche wäre nur möglich, wenn Rahr Verfehlungen im Amt nachgewiesen werden können. Nachdem aber der Staatsanwalt abgelehnt hat, öffentliche Anklage gegen Rahr zu erheben, ist anzunehmen, daß ein gegen Rahr eingeleitetes Disziplinarverfahren erfolglos enden würde.

Der thüringische Landtag hat die Ausgemeindungsgefuche fast durchweg im Sinne der Landbündelanträge angenommen. Er beauftragte die Regierung, zur Förderung des Wohnungsbauwes die Aufnahme von Mitteln in Höhe von 5 Millionen Mark zu versuchen. Die sozialdemokratische Fraktion erhielt nicht die zur Annahme ihres bestimmter lautenden Antrages notwendige Unterstützung der Rechten und stimmte daher einem demokratischen Antrag des erwähnten Inhalts zu. Der Landtag vertagte sich darauf bis Ende September.

Amerika diktiert.

Das vorläufige Ergebnis von London.

Die offiziellen Kommunikés, die das Sekretariat der Londoner Konferenz herausgibt, sind so spärlich und nichtsagend, daß man getrost auf sie gänzlich verzichten könnte. Um so ausführlicher und zahlreicher sind die Mitteilungen der Berichterstatter der großen Pariser und Londoner Blätter, die auf Indiscretionen aus dem Kreise der Konferenzteilnehmer beruhen. Es ist nun oft recht schwer, darin zu unterscheiden, was authentisch oder nur Stimmungsmache oder nur um das Wort Macdonalds zu gebrauchen, lediglich „Papageiengeschwätz“ ist.

Es scheint jedenfalls festzustehen, daß die von äußerstem Pessimismus getragenen Telegramme der Sonderberichterstatter eines Teils der Pariser Presse in den ersten zwei Tagen stark übertrieben waren. In allen drei Konferenz-Ausschüssen geht zwar die Arbeit nur langsam und unter Ueberwindung fortgesetzter Meinungsverschiedenheiten, besonders zwischen den Franzosen und den Engländern, vor sich, aber sie schreitet fort, und darauf kommt es an.

Immer deutlicher tritt nämlich die Tatsache in Erscheinung, daß die französischen Vertreter Schritt für Schritt an allen Fragen vor der überragenden Machtstellung der amerikanischen Delegierten weichen müssen. Die amerikanischen Vertreter sind zwar, wie sie selbst in der Eröffnungssitzung durch den Mund des Vorschalters Kellogg ausdrücklich betont haben, keine offiziellen Delegierten im vollen Sinne des Wortes, sie nehmen zum Teil, wie der einflussreiche Sachverständige Owen Young, nicht einmal unmittelbar an der Konferenz teil, aber sie sind die Repräsentanten einer Macht, von der nicht nur in politisch-moralischer, sondern vor allem in wirtschaftlich-finanzieller Hinsicht alle anderen Staaten abhängig sind. Das amerikanische Finanzkapital, sowohl die großen Bankkapitäne wie auch die Millionen von kleinkapitalistischen Sparern, ist allein in der Lage, Europa aus seinen Nöten zu helfen und die materielle Grundlage für die Inkraftsetzung des Sachverständigengutachtens zur Verfügung zu stellen: nämlich die internationale Anleihe.

Vor dieser überragenden Machtstellung müssen sogar die bürokratischen Delegierten aus der Umgebung Herriots, die noch völlig auf die Ideen und die Methoden Poincarés eingestellt sind, zurückschlagen und selbst der Chor der berühmten Boulevardbeher, der Bertinax, Saint-Brice und Genossen ist schon etwas kleinlauter geworden. Von einer sofortigen Rückkehr der französischen Delegation, wie sie zunächst von diesen angenehmen Herren gefordert wurde, ist längst nicht mehr die Rede. Und doch hat Frankreich bereits in verschiedenen wichtigen Punkten nachgeben müssen, weil die Entscheidung des amerikanischen Delegierten zugunsten des englischen Standpunktes fiel. Einfach lächerlich ist es, wenn ein Berliner deutschnationales Blatt den Eintritt bzw. die Wiederkehr Amerikas in die Reparationskommission als einen „ersten französischen Sieg in London“ bezeichnete. Das ist nichts anderes als eine üble und dumme Stimmungsmache der deutschen Bertinaxe. In Wirklichkeit ist niemals davon die Rede gewesen, daß die Reparationskommission mit dem Inkrafttreten des Dawes-Gutachtens gänzlich ausgeschaltet werden würde. Im Gegenteil: das Gutachten selbst nimmt immer wieder Bezug auf die Reparationskommission. Der englische Gedanke war zwar, eine neue Oberinstanz einzusetzen, z. B. den Finanzausschuss des Völkerbundes, weil man in London vermeiden wollte, daß die Reparationskommission in ihrer bisherigen Form, d. h. unter vorwiegendem französischem Einfluß über künftige Verfehlungen Deutschlands entscheidende und Sanktionen vorschläge. Durch den Wiedereintritt eines Amerikaners hat aber die Reparationskommission ein ganz neues Gesicht erhalten, und es kam von vorherrschendem Einfluß Frankreichs gar nicht die Rede sein, eher vom Gegenteil.

Alles spricht vielmehr dafür, daß in Zukunft in der Reparationskommission der Einfluß der Geldgeber, d. h. der Amerikaner und der Engländer, vorherrschend sein wird. Wichtiger als alle offiziellen Reden Herriots und Macdonalds am Eröffnungstage der Konferenz sind die Erklärungen, die der Nichtdelegierte Owen Young dem „Matin“-Vertreter abgegeben hat und die wir in unserer Freitag-Abendausgabe veröffentlichten. Young hat mit aller Schärfe erklärt, daß für die amerikanischen Geldgeber nur eine freiwillige Vereinbarung in Frage komme, also kein Diktat nach Versailler Muster, und daß man die Sicherheit haben müsse, daß nicht unvorhergesehene oder ungerechtfertigte äußere Interventionen vorgenommen werden, also keine zweite Ruhrbesetzung.

Wenn die Londoner Konferenz doch zu einer Diktatkonferenz werden sollte, so doch nur in dem Sinne, daß es die künftigen Geldgeber der Welt sind, nämlich die Amerikaner und die englischen Finanzkapitalisten, die ihren Willen den Politikern, Generalen und Diplomaten des europäischen Kontinents diktieren. So ist die Londoner Konferenz immer mehr zu einer Konferenz für die Liquidierung des Ruhrabenteuers geworden.

Der Kampf geht nur noch um die Frage, in welchem Tempo und unter welchen Rechtsformen die Liquidation erfolgen soll.

Die innerpolitischen Gefahren, die Herriot vor seiner Abreise nur mit Mühe überwunden hat und die ihm erst recht nach seiner Rückkehr drohen, veranlassen ihn, einen intransigenten Standpunkt einzunehmen, der wohl nicht einmal seiner eigenen inneren Überzeugung entspricht. Jedenfalls wird die Rolle der zähen Unnachgiebigkeit von seinem hauptsächlichsten Mitarbeiter Peretti della Rocca gespielt, den er aus der Aera Poincaré geerbt hat und der durch sein Auftreten für die „Kontinuität“ der französischen auswärtigen Politik in einer Weise sorgt, die den Anschauungen der Mehrheit der französischen Wähler kaum entsprechen dürfte.

Besonders in der ersten Kommission wird dieser Kampf mit großer Fähigkeit geführt. Es ist wohl kein Zufall, daß die Engländer den sozialistischen Schatzkettler Snowden dem Repräsentanten der französischen diplomatischen Bürokratie als Gegenspieler gegeben haben. Jeder dieser zwei Männer hat eine Formel ausgearbeitet, in der die Rolle des amerikanischen Vertreters in der Reparationskommission sowie das Verfahren bei der Feststellung einer Verletzung festgelegt werden sollen. Peretti möchte die Sanktionsmöglichkeiten für die Zukunft so weit wie möglich offen lassen, Snowden so weit wie möglich einschränken; Peretti möchte die Rolle des amerikanischen Delegierten jeder Vormachtsstellung entkleiden, Snowden dagegen will ihm, als dem Treuhänder der Geldgeberinteressen, ein Vetorecht gegen Sanktionen sichern.

Nach den letzten Meldungen soll nun eine Einigung zwischen Herriot und Macdonald über diesen wichtigen Punkt dank der Vermittlungstätigkeit des Botschafters Kellogg erzielt worden sein. Wenn dies zutrifft, dann dürfte wohl damit eine der schwierigsten Klippen der Konferenz passiert sein, vielleicht sogar die schwierigste überhaupt.

Die endgültige Formel, deren Wortlaut noch nicht bekannt ist, wird eine erläuternde Ergänzung zu jener Anlage des VIII. Teils des Versailler Vertrages (§§ 17 und 18) bilden, die bei der Ruhrbesetzung eine so wichtige Rolle spielte. Diese Ergänzung allein wäre schon Grund genug, Deutschland zu der Londoner Konferenz einzuladen. Je mehr man sich übrigens der Einigung unter den Alliierten nähert, desto mehr verdichten sich die Meldungen, die eine solche Einladung als sicher und sogar unmittelbar bevorstehend bezeichnen. Aber auch sonst ist die Aufforderung an Deutschland, nach London zu kommen, schon deshalb höchst wahrscheinlich, weil die amerikanischen Geldgeber durch den Mund Youngs ausdrücklich gefordert haben, daß nur eine freiwillige Vereinbarung zwischen den Alliierten und Deutschland erfolge. Und Amerika diktiert. . . .

Auf dem Wege zur Einigung.

London, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag früh 8 Uhr hat Macdonald im Auswärtigen Amt die Chefs der Hauptdelegationen, Herriot, Theunis, de Sicaul und Kellogg, zu einer Besprechung über den Stand der Konferenz empfangen. Die Besprechung hat über eine Stunde gedauert. Sie galt in erster Linie der Regelung der Verschiedenartigkeit der Auffassung über das Tempo der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und fiskalischen Einheit Deutschlands. Es scheint gelungen zu sein, den britischen und französischen Standpunkt in dieser Frage zu vereinen. Der Amerikaner Kellogg hat vermittelt.

Auf alle Fälle Priorität der Anleihezeichner!

Paris, 18. Juli. (W.T.B.) Zu dem in der ersten Kommission der Londoner Konferenz eingebrachten Kompromißvorschlag des amerikanischen Delegierten in Sanktionsfragen meldet der Sonderberichterstatter der Agentur Havas aus London: Wenn man französischerseits auch mit Recht verweigern wollte, daß durch

Ablehnung gewisser Bestimmungen des Friedensvertrages ein Präzedenzfall wichtiger Art geschaffen werde, so begreife man doch vollkommen, daß es, um den Erfolg der im Sachverständigenbericht vorgesehenen Anleihe zu sichern, unerlässlich sei, den Gläubigern Garantien zu bieten, die allerdings nicht politischer, sondern finanzieller Art sein müßten. Zu diesem Zweck sei von der belgischen Delegation mit Unterstützung der amerikanischen Sachverständigen heute vormittag der ersten Kommission vorgeschlagen worden, den Zeichnern und Gläubigern der 800-Milionen-Anleihe absolute Priorität zuzusprechen.

Bürgerblock im Handumdrehen. Deutschnationale zu London.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ setzt seine Propaganda für die schnelle Bildung einer Bürgerblockregierung fort. Gegenüber der Warnung der „Kallb. Korrespondenz“ vor einer Regierungskrise erklärt das Sprachrohr der Deutschnationalen frohgenuß:

Hat man denn den Blick für das politisch Mögliche wirklich in dem Maße verloren, daß man sich eine Regierungsumbildung auf einem anderen als dem schmerzlichen Wege der üblichen Krisenmacherei überhaupt nicht mehr vorstellen kann? Wir gestehen, daß wir etwas sehr anderes im Auge gehabt haben: daß nämlich ein paar vernünftige Männer zusammensehen, sich aussprechen und über das Notwendige klar werden, das dann im Handumdrehen verwirklicht werden kann. Daß eine so herbeigeführte Regierungserweiterung unserer Außenpolitik nicht nur nicht abträglich, sondern sehr zuträglich sein würde, sollte auch die „Nationalliberale Korrespondenz“ begreifen, der gegenüber wir uns nur noch gegen die Unterstellung verwahren müssen, als ob wir Herrn Marx hätten „abschieben“ wollen. Wir haben weiter nichts getan, als an den Sinn einer deutschnationalen Fraktionsentscheidung zu erinnern, und haben gar keine eigene Meinung über diesen Punkt ausgedrückt. Hätten wir das tun wollen, dann hätten wir zu sagen gehabt, daß es uns von sehr untergeordneter Bedeutung erscheint, ob Herr Marx im Kabinett und auf dem Reichstagsposten bleibt oder nicht.

Die Deutschnationalen, soweit sie sich durch den „Lokal-Anzeiger“ vernehmlich machen, sind also geneigt, ihre endliche Ankunft an der vielbesprochenen „Futtertruppe“ als die einzige Frage von übergeordneter Bedeutung zu betrachten. Die „paar vernünftigen Männer“, die „im Handumdrehen“ — oder soll es heißen: Halsumdrehen? — den Bürgerblock fertig machen wollen, werden sich bald finden, sie sind sogar schon da. Nur die parlamentarische Mehrheit fehlt, solange das Zentrum und Demokraten nicht mitmachen.

Wie sehr die Deutschnationalen bestrebt sind, mit der bürgerlichen Mitte in eine Front einzurücken, zeigt auch folgende höchst „staatsmännisch“ gefaßte Mitteilung, die der T.L. zugeht:

Die deutschnationalen Reichstagsfraktion hat am Donnerstag nachmittag und am Freitag vormittag eingehend die Lage besprochen, die sich aus den Londoner Verhandlungen ergibt. Mit erster Sorge steht die Fraktion dem Ergebnis der Londoner Konferenz entgegen, zu der die deutsche Regierung noch nicht einmal eingeladen ist. Wiederum steht also Deutschland vor einem Diktat der alliierten Mächte, dem es sich fügen soll, ohne an den Einzelheiten der zu treffenden Abmachungen entscheiden mitzumischen. Dabei scheint es, abgesehen von vielen anderen untragbaren Zumutungen, dahin kommen zu sollen, daß Deutschland ungeheuerliche Steuern und Beschränkungen seiner Selbständigkeit auf sich nehmen soll, ohne daß es Sicherheit für die Befreiung von Rhein und Ruhr und dafür erhalten soll, daß weitere sogenannte Sanktionen in Zukunft ausgeschlossen sind. Die militärische Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete ist bisher nicht einmal auf die Tagesordnung gesetzt. Auch die Wiederherstellung der wirtschaftlichen, finanziellen und Verwaltungshoheit in dem ganzen besetzten Gebiete scheint in

unabsehbare Ferne gerückt. Auf diese Weise kann das von den Sachverständigen vorgeschlagene Abkommen nicht die freiwillige Zustimmung des deutschen Volkes finden, die von den ausländischen Geldgebern zur Voraussetzung der Deutschland zu gewährenden Kredite gemacht wird. Die deutschnationalen Reichstagsfraktion jedenfalls ist nicht gewillt, ein Abkommen auf solcher Grundlage zustande kommen zu lassen. Die Maßnahmen, die je nach dem weiteren Verlauf der Verhandlungen von ihr zu ergreifen sind, wurden beraten und vorbereitet.

Aus der negativen Formulierung in die positive übersetzt, heißt das, daß die Deutschnationalen unter bestimmten Voraussetzungen — die man als noch nicht gegeben betrachtet — bereit sind, für die Ausführungsgehalte zum Sachverständigen-gutachten zu stimmen.

Parlamentsreform.

Verkleinerung des Reichstags.

In den letzten Tagen ist die Frage der Parlamentsreform verschiedentlich in der Presse wieder angeschnitten worden. Wie der „Soz. Parl.-D.“ vom Reichsinnenministerium hört, ist der neue Gesetzentwurf zur Parlamentsreform im Reich dem Reichsrat bereits zugegangen. Er unterscheidet sich im großen und ganzen nicht viel von dem bereits dem letzten Reichstag vorgelegten Entwurf. Vorgesehen ist ein Abbau der Zahl der Reichstagsabgeordneten von 471 auf 399. Diese Zahl wurde deswegen genommen, weil sie die Bildung von Zweidrittelmehrheiten erleichtert. Die runde Zahl von 400 Reichstagsabgeordneten kommt zustande, wenn eine normale Wahlbeteiligung angenommen und die notwendige Stimmenzahl für ein Mandat von 80 000 auf 75 000 erhöht wird.

Die Frage der Parlamentsreform in Preußen ist bis jetzt nur deshalb noch nicht zur Erledigung gekommen, weil Preußen erst die Regelung im Reich abwarten will. Unsere Genossen in Preußen fordern jedoch, daß zunächst die ganz überflüssige Einrichtung des Staatsrats verschwindet, bevor man aus Sparankleisgründen an eine stärkere Herabsetzung der Zahl der Abgeordneten herantritt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt Montag nachmittag 3 Uhr zu einer Besprechung der politischen Lage zusammen. Der Fraktionsvorstand bereits vormittags 10 Uhr.

Der Dank des Vaterlandes.

Ausgewiesene Lohnempfänger werden entlassen.

Tausende, zehntausende deutscher Arbeiter, namentlich Eisenbahnarbeiter, haben im vergangenen Jahre während des passiven Widerstandes in treuester Pflichterfüllung ihrem Bande jedes Opfer gebracht. Sie wurden von den französischen Willkür aus ihren Wohnungen verjagt und sind in schwerster materieller Bedrängnis geraten. Jetzt naht die Stunde der Heimkehr und man sollte annehmen, daß die Reichsregierung und namentlich die Reichseisenbahnverwaltung alles tun wird, um diesen deutschen Arbeitern nicht nur die Heimkehr zu erleichtern, sondern ihnen wieder Brot und Arbeit zu verschaffen, wie sie es vorher gehabt haben. Statt dessen scheint bei der Reichseisenbahnverwaltung eine ganz andere Auffassung zu herrschen. Es wird dort generelle Anweisung gegeben, daß ausgewiesene Lohnempfänger, deren Ausweisung aufgehoben ist, bei der endgültigen Rückkehr ins besetzte Gebiet aus dem Dienst der Reichsbahn entlassen und an das Rote Kreuz überwiesen werden. Das Rote Kreuz übernimmt für solche Rückkehrer und ihre Familien die Reise- und Umzugskosten und für eine begrenzte Zeit die weitere „Betreuung“. Was dann aus ihnen wird, dafür müssen sie selber sorgen. Das ist ein so ungläubliches Verhalten, daß der Reichstagsausschuß zur Unterstützung dieser Ausgewiesenen, der am Montag zusammentritt, sich sofort mit der Praxis der Reichsbahnverwaltung beschäftigen muß.

Alte Wege.

Eine Wanderung durch Thüringen von Armin L. Wegner.

Wann war es, daß ich durch diese Gassen schon einmal ging? Auch vor nie zuvor in das Tor dieser Städte trat, glaubt an ein Wiedersehen. Wir haben drei Menschenalter in diesen Erinnerungen gelebt. Das Gefühl des Heimkehrenden wird wach... vielleicht, daß es schon so lange her ist, daß wir manches vergessen haben.

Ich lief durch die Straßen von Weimar. Die enge und staubige Holzstiege in Schillers Wohnhaus knarrte. Das Sterbepfand stand noch immer im Winkel. Alles klein, rührend ärmlich, es ist oft gefagt worden; aber vielleicht kann man aus dieser Enge heraus erst jene Seele begreifen, die so gerne bei großen und reichen Worten zu Hause war. Im Goethehaus drängte sich eine Schar kleiner Mädchen um Schattenrisse und Bilder; die suchenden Augen ergaunten Schulmeister irrtümlich durch alle Räume. Ein Labyrinth von Zimmern und Gängen. (Du kannst dich verlaufen darin, wie in Goethes Werken.) In der Bibliothek im alten französischen Schlosse war es ganz einsam. In das Gewirr der Raemordbüsten, in die in Stein gehauenen geschwäglichen Lippen der Hoffamen kam totenhafte Beben. Das von weißem Haar umrahmte Gesicht des Wärters schien im Zwielicht auch zu einer Büste zu werden. Die Nacht jant.

In Jena war Wochenmarkt. Die Studenten kniepten noch; aber neumodische Häuser in grellen weißen Kleidern und mit dinnenhaftem Puh hatten sich zwischen die ehrbaren Bürgerstüchler gedrängt, die versäumt in ihrem Schatten standen. Die kleinen klapprigen Wagen der Landbewohner drängten die Straßen hinauf. Zerstreute Kohlblätter und Mohrrüben bedeckten das Pflaster. Zwischen die Straßenbahn, die dem Ganzen einen großstädtischen Ton zu verleihen suchte. Ueber allem ragte die bronzene Gestalt des Kurfürsten, der erhoben über der Menge stand, wie empört über die Marktübden, die sich dreift an seinen Sockel lehnten, und der in einem fort die auf seiner geöffneten Bibel eingeschriebenen Worte in den hellen Himmel hinauszurufen schien: „Meine Hilfe kommt von dem Herren, der Himmel und Erde gemacht hat“.

„Salus Intransitibus“, die in den Felsen gehauene Aufschrift, schrie mir in so großen goldenen Buchstaben entgegen, daß ich einen Augenblick fast erschreckt innehielt. Das Taf der Schwärze öffnete sich. Gegen Abend erstieg ich den Trippstein. Noch geht, wenn ich die Augen schließe, sehe ich nichts als rogende Tannenwipfel. Die blauschattigen Berge, das hochwandige Schloß, selbst der Himmel, alles schien durch ihren Widerschein wie in einen grünen Duft gehüllt.

Vom Falkenstein, einem zerklüfteten Felsblock, dessen Vorsprünge über und über mit Beamen bedeckt sind, geht eine alte

Sage. Auf dem Felsen stand einst eine Burg. Die Befangenen, die sich nicht loslaufen konnten, stürzte der Ritter über die Klippen in den Abgrund. Das herabsprühende Blut floß die Steine entlang, und davon leuchteten noch heute die Felsen so rot. Ich pflückte mir eine, um sie ins Knopfsloch zu stecken. Wie ein gelber Blutsied leuchtete sie auf meinem dunklen Mantel.

Hinter Oberhof erstreckte sich der Wald fünf Stunden weit ohne eine menschliche Siedelung. Ich lief einen Holzpfad, um den Weg abzukürzen, und verlor die Richtung. Tannen, nichts als Tannen. Immer der gleiche, von einer tiefen Wagenspur durchzogene Weg der Holzfäller. Ich hatte das nicht für möglich gehalten: man kann sich noch verirren in Thüringen, mitten im Herzen Deutschlands. Als die Dämmerung herandrang, kam ich an einen Kohlenmeiler. Ein Regiment von Hölzern hielt Wache davor. Der Köhler hatte seine Hütte in der Nähe und da ich wenig Lust empfand, zwei Stunden weit noch in das nächste Dorf zu laufen, blieb ich bei ihm. Die Hütte war aus Baumstämmen errichtet, die an der Spitze zu einem Zelte zusammengestellt waren. Große Stücke Baumrinde, Erde und Stein bildeten die Wand. An der Seite ein kleiner Schrank, in dem Kochgeschirre, Tiegel, Eisessel, Lappen und Brot durcheinanderlagen. In der Mitte aus Ziegelfeinen die Feuerstelle. Das Ganze war von einem befehenden Geruch nach Quast und Rauch erfüllt. Ich lag die Nacht auf einer schiefen Bettstelle, fast auf den Brettern. Durch die Lücken am Dache sah ich die Sterne schwanken.

Ruhla. Holzmühlen. Fabriken. Kinder und Frauen standen vor den Türen, in seltsamen weiten Mänteln, die sie wie ein buntes Bettuch um das Kind auf dem Arm und die eigene Schulter geschlagen hatten.

Der Barbier fragte mich, ob ich die Nationalheiligtümer von Thüringen sehen wollte. Ein kleiner Raum mit Hirschköpfen und Bildern war das Drisamuseum. Da gab es eine alte Jagdhose und einen Hofenträger, die der Herzog Ernst getragen haben sollte... Nationalheiligtümer von Thüringen!

In der Sandgrasenschlucht rauschte das Wasser wie ein Strom. Tiefend von Regen standen die Birken am Wege mit bebenden Blättern, wie zitternde kleine Jungfrauen, die aus dem Bade steigen. Die Schlucht wurde enger und die Bäume verschränkten über mir ihre Zweige wie spielende Kinder, die sich beim Tanz die Hände reichen.

Die Wartburg stand grau im Regen. Vermirrte Epitromantik, treuherzige Bilder Schwinds grüßten mich. Dämmerstunden des Märchens, auf denen man das Zitiern der faum bewegten Luft zu spüren glaubt. Der rote Raniel des Henters leuchtete und der blaue Mund des Sängers, wund von Frauenlippen und voll der bitteren Sätze seiner Lieder, und darunter die seltsam verschlungenen Buchstaben der alten Sprüche mit ihrem ungefügen Saubau, wie knorrige Wurzelwerk einer vergangenen, Jahrhunderte alten Pflanze.

Als ich auf den Bergfried stieg, hatte der Regen nachgelassen. Von der Wolkennand, die hinter mir auf den Bergen ruhte, riß der

Sturm eine nach der anderen los und legte sie über die reise Landschaft. Der Hörstberg grüßt herüber...

Wohnstätte und Arbeitsstätte.

Infolge der gesundheitlichen Schädigungen, die aus der Zusammenballung in den Industriestädten für die Arbeiter erwachsen, strebt man immer mehr danach, ihre Wohnungen möglichst außerhalb des Umkreises der Fabriken in gesunde ländliche Gegenden zu verlegen. Dadurch aber wird der Arbeiter wieder gezwungen, täglich einen größeren Weg zur Arbeitsstätte hin und dann wieder nach Hause zurückzulegen. Es fragt sich nun, ob dieser lange Weg zur Arbeit nicht gesundheitliche und wirtschaftliche Nachteile mit sich bringt und ob die hygienischen Vorzüge einer mehr ländlichen Siedlung nicht durch andere Faktoren vermindert werden.

Ueber diese wichtige Frage haben zwei Heidelberger Hygieniker E. G. Dresel und Ch. Grabe eingehende Untersuchungen an der Arbeiterkolonie der in Kirchheim bei Heidelberg gelegenen Fuchschen Waggonfabrik angestellt und berichten über ihre Ergebnisse in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“. Sie teilten die Arbeiter nach ihrem Alter und der Art des Wohnens in fünf Gruppen ein. Dabei ergab sich, daß die älteren Arbeiter überwiegend in denjenigen Gruppen sich fanden, die der Arbeitsstätte am nächsten liegen. Die älteren Arbeiter sehen also schon von selbst ein, daß sie den Zeit- und Müheaufwand für den Weg nicht mehr bestreiten können. Da anzunehmen ist, daß die Arbeiter mit langem Arbeitsweg schon stark ermüdet in die Fabrik kommen und durch den Arbeitsprozeß die Ermüdung schneller gesteigert wird, so muß sich das auch in der Unfallgefahr äußern. Eine genaue Statistik ergab, daß die geringste Zahl von Unfällen sich bei den in Fabriksort wohnenden Arbeitern findet; sie steigt dann in den anderen Wohngruppen an und erreicht ihren Höhepunkt in der 5. Wohngruppe, die am weitesten entfernt liegt. Zusammenfassend ergibt sich: „Die Unfallhäufigkeit wächst mit dem zunehmenden Zeit- und Müheaufwand für den Weg. Sanitätswirtschaftliche Tätigkeit in der Freizeit, besonders vor Arbeitsanfang im Werk, wirkt dabei mit.“

Ähnliches konnte bei der Zahl der Erkrankungen beobachtet werden. Am wenigsten Krankheitsfälle kamen bei den beiden Wohngruppen vor, in denen der Arbeitsweg am kürzesten und leichtesten war. Die anderen Gruppen wiesen viel unangenehmer da, so daß der Schlaf nicht von der Hand zu weisen ist, daß der längere Weg zur Arbeit die Erkrankungsgefahr der Arbeiter wesentlich steigert.

Schließlich ist auch die Ausnutzung der Arbeitszeit bei den weiter entfernten Wohnenden wesentlich unangünstiger als bei den am Wohnort Arbeitenden; die Stunden- und Tagesverräumnisse nehmen mit der größeren Entfernung von der Arbeitsstätte zu. Die „Pendelwanderungen“, wie die Verfasser die längere Hin- und Rückfahrt der Arbeiter zur Fabrik nennen, verursachen also körperliche, wirtschaftliche und wahrlich auch seelische Schäden und bedürfen der Abhilfe. Sorgfältige Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, dann auch nachdrückliche Förderung des Wohnungsbau durch die industriellen Unternehmungen selbst und nicht zuletzt ein durch die Gemeindefürsorge und Arbeitsämter zu vermittelnder Austausch der Arbeiter untereinander zur Abfözung der Wege können manche Verbesserung bringen.

Mordpläne der Putschisten. Münchener Enthüllungen.

München, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Zerstückelungen im östlichen Lager gegen die Bayerische Volkspartei den Ruf, aus ihrer Zurückhaltung gegenüber dem Hakenkreuzblock herauszutreten. Noch bevor sich die enkaroten Umstürzer vom Jahre 1923 von ihrem Schreck über die Enthüllungen des Abg. Schäffer im Verfassungsausschuss erholt haben, leuchtete ihnen dieser mit neuen saftigen Enthüllungen heim. Er veröffentlicht im „Bayerischen Kurier“ einen Brief, den der Semi-Gotha-Graf Fischer von Treuberg am 18. September 1923 an seinen Freund und jetzigen östlichen Fraktionsführer Dr. Gansler geschrieben hat:

„Dr. Roth und Böhrner werden den Baden schmeißen. Wir müssen aber dann ganze Arbeit machen und nicht nur die roten Bazi verhaften und fesseln lassen, sondern auch Pöhlinger und Zandler, unter Umständen auch Kahr verhaften. Wir müssen im Interesse des Gelingens der Aktion und der Fortdauer unserer Herrschaft auch nicht davor zurückschrecken, auch Leute wie Hellingrath (jetzt königlich bayerischer Kriegsminister, D. Red.) zu packen und vor ein Gericht zu stellen. Wenn wir solche Leute packen, kann keine Seele uns reaktionärer Gefinnung beschuldigen.“

In dem Brief wird dann auch eine Ministerliste aufgestellt. Die politische Leitung sollte ein

Direktorium Hitler-Weber-Heiß

besorgen. Als Innenminister war Dr. Roth in Aussicht genommen, „weil er allein scharf und rücksichtslos genug“ sei. Auf wirtschaftlichem Gebiet wird vorgeschlagen, die Bauern durch Zwang zum Verkauf ihrer Produkte zu bringen, damit sie nicht mehr wuchern könnten. Zwiderhandlungen sind mit Tod zu bestrafen, die erste Zeit darf als Strafe überhaupt nur Todesstrafe gelten, „dem alle anderen Strafen helfen nicht, weil sie den Bestrafen nur ins Lager des Begnens bringen“. Den Militärs, insbesondere Ludendorff und Kriebel, spricht der Brief die Fähigkeit zu selbständiger politischer Tätigkeit ab.

Mit Recht fragt der „Bayerische Kurier“, warum dieser Brief, der dem Bericht im Hitler-Prozess doch zweifellos bekannt war und für die Urteilsbildung gewiß von einschneidender Bedeutung gewesen wäre, nicht bekanntgegeben wurde. Der „Kurier“ geht aber noch einen erfreulichen Schritt weiter und regt an, daß sich der von den Sozialdemokraten geforderte Untersuchungsausschuss des Landtages speziell auch um diese Dinge, die sich um den Brief des Semi-Gotha-Grafen gruppieren, kümmern soll.

Falschheitsprozeß gegen Oberleutnant Braun.

München, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Hitler-Prozess spielte auch Oberleutnant der Reichswehr Braun eine besondere Rolle. Durch seine Truppenabteilung wurde bei der Entschloßung des Reichswehrkommandos der Hitler-Division Casella erschossen. Braun lag im Prozeß unter Eid aus, Casella hätte ihm erklärt, sie glaube nicht an das Gerücht von der Erschießung ihres Sohnes durch Braun und denke nicht mit Verachtung an ihn (Braun). Der im Auftrag der Mutter Casellas von Justizrat Schramm eingereichte Strafantrag gegen Braun wegen Falschheit wurde feinerzeit verworfen, ebenso eine Beschwerde dagegen beim Oberstaatsanwalt. Nun hat aber der Straßenrat des Oberlandesgerichts einer neuen Beschwerde stattgegeben und beschloffen, daß der Staatsanwalt die Klage gegen Braun wegen fahrlässigen Falschheit zu erheben hat.

Beamtenfragen im Reichstagsausschuß.

Der Beamtenausschuß des Reichstags beschäftigte sich gestern Freitag mit Anträgen des Zentrums und der Sozialdemokraten, die eine Neuordnung des Beamtenrechts verlangen, ferner mit einem Antrag der Deutschnationalen zu Gunsten der nachgeheirateten, d. h. der von Ruhestandsbeamten geheirateten Frauen. Der Regierungsvorredner erklärte dazu, daß man diese Teilfrage der gesamten Pensionsfragen nicht vorweg nehmen könne, stelle aber in Aussicht, daß in dem vorliegenden Pensionsgesetz die Frage der nachgeheirateten Frauen die Regelung finden werde, die der Reichstag wiederholt gewünscht hat.

Ernst Toller im „Hinkemann“. Die gestrige Aufführung des „Hinkemann“ im Reibendtheater erhielt durch die Anwesenheit des Dichters beinahe das Gepräge einer Sensation. Ein starkes Polizeiaufgebot verhinderte die von östlicher Seite geplanten Mordanschläge. Das Publikum war in befeuertem Stimmung und spendete nach allen Seiten stürmischen Beifall. Ernst Toller, von den Leiden der fünfjährigen Festungshaft und den Strapazen einer unter bayerischer Polizeigewalt erfolgten Reise sichtbar erschöpft, wohnte in der Direktionsloge der Vorstellung bei.

Das Studentenparlament. Nachdem am 1. und 2. Juli die Wahlen zur Studentenvertretung durch die Stellungnahme des gegenwärtigen, allzu „republikanischen“ Rektors auch in der Öffentlichkeit Staub aufgewirbelt hatten, fand gestern die Eröffnungssitzung statt. 65 Vertreter der östlichen Gruppen standen einer 35 Kopf starken Minderheit gegenüber. Durch eine juristisch „eindeutige“ Auslegung der Verfassung nahm die Rechte sozialistischer als Präsidentschaft in Besitz und bewies dadurch die Ernsthaftigkeit ihrer Forderung nach „ruhiger, sachlicher“ Arbeit. Nach einem Protest gegen eine solche Vergewaltigung erklärte die Linke, daß sie unter diesen Umständen nicht nur die Wahl des sachgemäß gewählten Vorstandes, sondern auch die Wahl der gesamten Vertretung wegen der sattem bekannten Vorkommnisse des Wahlkampfes anfechten werde. Der Vorn der Kommunisten führte zu dem Ausschluß eines der gelehrigen Schüler großer Vorbilder. Bei der vom Präsidenten angeordneten gewaltigen Räumung der Tribüne fungierte der Waffentrag als Hauspolizei und veränderte hegesbewußt: „Die Tribüne ist frei!“ Ein Antrag auf Erörterung der Gebührenfrage wurde von der Rechten abgelehnt. Man fürchtete wohl, daß bei einer Gebührenstaffelung der Bourgeois zugunsten seiner minderbemittelten Volksgenossen zu tief in den Säckel greifen müßte. Eine Einladung der Kommunisten zu einer gemeinsamen Demonstration gegen das Sachverhältnisausweichen lehnte die in ihrem „Standesgefühl“ verlebte Rechte ab. Die ganze Sitzung dürfte noch ein Nachspiel in der Nachprüfung der Rechtmäßigkeit der vorgenommenen Wahlen durch die zuständige Behörde haben.

Sein Kontur der Großen Volkspartei. Die Direktion der Großen Volkspartei hat mit Hilfe des Magistrats ihre Schuld von 4500 M. an den Befehl des Theaters des Westens abgezahlt.

Kampf der Bühnengenossenschaft gegen die Koffer-Bühnen. Die Genossenschaft der deutschen Bühnengenossen hat beim Berliner Polizeipräsidium die Nachprüfung der Koffer-Bühnen Spielerelaubnis beantragt. Die Direktion Koller hat nämlich, um die Schwierigkeiten einer Konzessionsverlangung für das von ihr gebaute Vespertheater zu umgehen, einfach die Übertragung ihrer Spielerelaubnis für das Reibendtheater auf das Vespertheater nachgeschickt.

Ein städtisches Schulfilm. Die Stadtdirektion in Dorimund hat das städtische Burgwall-Theater für schulfilmographische Vorführungen unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Die erste Vorführung vor den Kindern hat bereits stattgefunden. Alle zwei Monate sollen neue Schulfilme gezeigt werden.

Schweigende Kritik. Die Vereinigung der Hamburger Schauspielkritiker lehnte die Besprechung der „Vollgänger 61“ und der „Weltgeheimnisse“ im Kleinen Lustspielhaus ab, da sie es mit Recht und Würde der Kritik für unvereinbar hält, über Aufführungen zu berichten, die weder mit Kunst noch mit gepflegter Unterhaltung etwas zu tun haben, sondern nur die Absicht verfolgen, in unsonderbarer Weise das Reich des Gros für Spektationszwecke zu mißbrauchen.

Der deutschnationale Antrag wurde durch Annahme eines völkerechtlichen Antrags erledigt, der die Neuordnung der Ansprüche nachgeheirateter Frauen mit dem Pensionsgesetz verbunden wissen will. In den Anträgen des Zentrums und der Sozialdemokraten erklärte Ministerialdirektor Brecht, daß der Entwurf eines Gesetzes über Beamtenvertretungen und eines Reichsbeamtenengesetzes neu vorgelegt werden sollen. Der Entwurf einer Dienststrafordnung sei fertiggestellt, der eines Gesetzes über eine Krankenversicherung der Beamten müsse zurückgestellt werden. Der Zentrumsantrag wurde dann angenommen.

Hierauf kam ein Antrag der Deutschen Volkspartei auf Gleichstellung der Altrentner mit den Neupensionären zur Beratung. Der Regierungsvorredner beämpfte den Antrag, weil damit die Neufestsetzung der Ruhegehälter für 250 000 Personen verbunden wäre und weil die Kosten auf 88 Millionen veranschlagt werden müßten. Ausgaben in solcher Höhe würden die Gefahr einer neuen Inflation heraufbeschwören. Der völkerechtliche Antrag wurde angenommen.

Letzter Verhandlungsgegenstand waren Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten, die sich auf Erholungsurlaub und Dienstzeit beziehen. Ministerialdirektor Brecht erklärte dazu, daß der Kabinettsbeschluss über die Verlängerung der Dienstzeit von vornherein zeitlich begrenzt worden sei. Die gegen-

wärtigen Unterschiede zwischen Reichs- und Landesbeamten könnten nicht weiter bestehen bleiben.

Angenommen wurden die Anträge gegen die Verlängerung des Erholungsurlaubs und auf Wiedereinführung der ungeteilten Dienstzeit da, wo es die dienstlichen Verhältnisse zulassen, ferner ein Antrag auf Aufhebung des Erlasses vom 29. Dezember 1923 über die Regelung der Dienstzeit. Hierzu gaben Vertreter der Deutschen Volkspartei und des Zentrums Erklärungen ab, daß sie sich mit ihrer Zustimmung nicht für eine unterschiedliche Bemessung der Dienststundenzahl für alle Beamten einsehen wollten. Einer Entschloßung der Sozialdemokraten, die eine grundsätzliche Festlegung auf den Achtstundentag fordert und eine zweite, die ein Reichsgesetz in diesem Sinne verlangt, wurden abgelehnt.

Erschießungen in Lemberg. Die Urheber des mihlungenen Dynamitanschlags auf die Lemberger Munitionsmagazine, Dietrich und Solonko, wurden vom Standgericht zum Tod durch Erschießen verurteilt. Die Vollstreckung des Urteils erfolgte noch am selben Nachmittag. — Das Attentat wurde auf sowjetrussisches Anstiften zurückgeführt. Die Meldung lehrt auch, daß in dem von Polen nur okkupierten, ihm nicht gehörenden Ostgalizien noch Standgerichte bestehen.

Brotpreiserhöhung in Berlin.

Der Brotwucher beginnt.

Noch vor einigen Tagen hat der Ernährungsminister Graf Kanitz die kühne Behauptung aufgestellt, daß seine Hochschußpläne keine Verteuerung des Brotes mit sich bringen würden. Mit dieser Argumentation hat man auch versucht, die Vertreter der Gewerkschaften zu beruhigen. Schneller als Kanitz wohl selbst erwartet hat, sind seine phantastischen Behauptungen Lügen gestraft worden.

Schon verhandeln die Bäckermeister untereinander über eine neue Erhöhung des Brotpreises. Die Abwälzung auf die Konsumenten beginnt also bereits. Nach den Plänen der Berliner Bäckermeister, über die wir im lokalen Teil eingehend berichten, können wir also schon von Montag ab, mit einer 12prozentigen Erhöhung des Brotpreises rechnen. Dann wird es natürlich sofort lange Beratungen und Konferenzen im Reichsernährungsministerium geben, offizielle Beruhigungsspielen werden an die Presse verbreitet und die staatliche Bremsmaschinerie wird versuchen, das Unheil, wenn nicht abzustellen, so doch etwas einzudämmen, aber der Erfolg wird auf die Dauer gleich Null sein. Die Wucherpolitik der Regierung muß natürlich eine Belastung der Konsumenten zur Folge haben. Wir sind gespannt, womit die Regierung und die hinter ihr stehenden bürgerlichen Parteien jetzt nach diesem ersten Schlag ihre Politik vor den Massen verteidigen wollen.

Diese Belastung der Volksmassen, die jetzt schon nach dem bloßen vorläufigen Anzeichen der Getreidepreise eintreten soll, ist bereits ungeheuerlich. Wie wird es erst werden, wenn das junkerliche Ideal — Weltmarktpreise plus Friedenszoll — erreicht ist. Dem Volke werden sehr bald darüber die Augen aufgehen, was es am 4. Mai mit der Wahl völkerechtlicher deutschnationaler Heher angerichtet hat. Nicht umsonst haben die Rechtsparteien vor nichts so sehr Angst wie vor Auflösung des Reichstages und Neuwahlen, bei denen sie sehr bald und gründlich die Quittung für ihre Leistungen seit dem 4. Mai erhalten würden.

Die Konferenz der Ernährungsminister.

Kanitz für die Zollvorlage.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft versammelten sich gestern unter dem Vorsitz des Reichsministers Graf von Kanitz die Landwirtschafts- und Ernährungsminister der Länder, um über die Notlage der Landwirtschaft zu beraten.

Einmütig war man der Auffassung, daß die Sicherung der künftigen Ernährung sofortige Maßnahmen erfordert, um der sich bereits anbahnenden Entgrenzung der Landwirtschaft zu begegnen. Im Vordergrund stand die Frage, in welcher Weise der Landwirtschaft die nötigen Betriebsmittel zur Verfügung gestellt werden können, um die Bergung und Bewegung der Ernte sowie die Herbstbestellung zu ermöglichen. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wurde ersucht, die begonnenen Verhandlungen zwecks Krediterleichterung für die Landwirtschaft mit Nachdruck fortzusetzen. Hinsichtlich der steuerlichen Belastung soll bei den Beratungen mit den Finanzministern der Länder über die Neuordnung des Steuerwesens auf eine mögliche Gleichmäßigkeit bei der steuerlichen Bewertung des Grundvermögens durch Reich und Länder hingewirkt werden. In dem auch den Regierungen der Länder mitgeteilten Runderlaß soll den wirtschaftlich begründeten Stundungsanträgen in der Weise stattgegeben werden, daß die Steuereinschulden aus der Landwirtschaft zu einem Termin erfolgen, an dem ihr neue Einnahmen zufließen. Gleichzeitig sind durch Verordnung vom 15. Juli die Verzugszuschläge für nicht gestundete Steuern mit Wirkung vom 20. Juli d. J. ab von 5 Proz. auf 2 Proz. herabgesetzt.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft besprach sodann die hinsichtlich der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte, insbesondere Getreide, getroffenen Regelungen und die neue Zollvorlage der Reichsregierung. Er betonte hierbei, daß die in der Presse, vor allem im „Vorwärts“ gegen ihn gerichteten Angriffe des Gesamtkabinetts nützen, da dieses entgegen den in der letzten Zeit in einzelnen Zeitungen geäußerten Zweifeln einmütig zu der Vorlage stehe und sich der Bedeutung der Vorlage voll bewußt sei. Im Anschluß hieran wurden noch einzelne Maßnahmen für die Sicherung der kommenden Ernte besprochen. Ferner wurde die durch den Wettbewerb der Auslandswirtschaften gesteigerte Notlage des deutschen Weinbaues erörtert und beschlossen, Hilfsmassnahmen zugunsten der Winger zu treffen. Endlich wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, einheitliche Bekämpfungsmassnahmen gegen den Kartoffelkäfer, der aus Frankreich einzudringen droht, vorzubereiten. Im Namen der Versammlung dankte der bayerische Landwirtschaftsminister Prof. Veit dem Reichsminister Kanitz für seine nachdrücklichen, von Erfolg begleiteten Bemühungen, der Landwirtschaft in ihrer schwierigen Notlage zu helfen und betonte, daß der Gang der Verhandlungen die Notwendigkeit einer Zusammenfassung der Belange der Landwirtschaft und der Volksernährung in einer obersten Reichsbehörde erneut gezeigt habe.

Daß das Gesamtkabinet hinter der Zollvorlage steht, ist eine Feststellung, deren Richtigkeit wir nicht gern bezweifeln möchten, obwohl die Rede des Reichskanzlers am letzten Sonnabend und die Haltung mancher regierungsoffizieller Organe wie der „Germania“ zur Zollfrage auch anderweitige Vermutungen weiten Raum gibt. Wenn aber das Gesamtkabinet

die Zollvorlage vertritt, so muß es sich jetzt der Konsequenzen einer derartigen Haltung voll bewußt sein. Die Regierung hätte sich manche Kritik ersparen können, wenn sie, wie es sonst bei allen derartigen Vorlagen geschieht, sich vorher mit den Vertretern der am schwersten betroffenen Kreise, in diesem Falle der Arbeiterschaft, in Verbindung gesetzt hätte. Das ist nicht geschehen, und wir müssen es dahingestellt sein lassen, warum es nicht geschehen ist. Daß die Sozialdemokratie sich durch die Mitteilungen des Grafen Kanitz in ihrem Kampf gegen die ungerechtfertigte und gar nicht im Interesse des überwiegenden Teiles der Landwirtschaft liegende Zollpolitik nicht beirren lassen wird, liegt auf der Hand.

Gegen die Schutzzölle.

Niederlage der Regierung in Anhalt.

In der gestrigen Nachmittagsitzung des anhaltischen Landtages wurde mit 18 gegen 13 Stimmen ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der die Staatsregierung ersucht, sich bei der Reichsregierung gegen die Wiedereinführung von agrarischen Schutzzöllen einzusetzen. Die Mehrheit bestand aus den Sozialdemokraten, den Kommunisten und einem Bodenreformer. Auf Grund der Abstimmung erklärte der Minister, Dr. Rammelt, die Regierung werde nochmals prüfen, wie der anhaltische Gesandte zu instruieren sei. Bisher hat nämlich der anhaltische Gesandte Instruktionen gehabt, sich für die Schutzzölle einzusetzen. Die Abstimmung des Landtages ist die erste schwere Niederlage der neuen deutschnationalen Minderheitsregierung.

Selbe Revolutionäre.

Dreiste Ervaldrohung gegen die Staatsbehörden.

Die Agrarier verstehen ihr demagogisches Handwerk. Sie überschütten die Deffenlichkeit mit ihren Wehklagen und wissen den Regierungen des Reichs und der Länder rechtzeitig ihre Wünsche ernsthaft ins Auge zu drücken. Die von dem Wohlwollen der auch so nationalen Agrarier abhängigen Minister tuscheln. Aber selbst die Einbringung der Schutzzollvorlage befriedigt noch nicht, auch nicht die Freigabe der Getreideausfuhr, die sofort die Getreidepreise in die Höhe trieb und jetzt schon den städtischen Arbeitern den Brotpreis um ein Viertel des bisherigen verteuert!

All das genügt den Herrschern noch nicht. Sie mobilisieren jetzt die agrarische Unterwelt zur offenen Rebellion. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Zentralorgan zur Verteidigung agrarischer Wünsche, berichtet trüben Sinnes über eine „Warnung pommerischer Landarbeiter“ an die Regierung. Da hat nämlich der Pommersche Landbund — dem selbst keine Rafr-Begeisterung immer noch nicht zur Diktatur verholpen hat — im Kreise Randow die Obmänner seiner — gelben — „Arbeitnehmergruppe“ zusammenberufen. Der Rittergutsbesitzer von Eichstedt hielt diesen Arbeitnehmern einen „ausführlichen Vortrag“ und dann beschloffen die Zuhörer eine lange Resolution, die nach mehr als einer Seite Beachtung verdient. Einmal weil sie zeigt, wie geschickt die Agrarier ihre „Arbeitnehmer“ gruppenweise als Marionetten tanzen lassen, zweitens aber, weil kaum je so deutlich gezeigt wird, wie sie allen Verordnungen zum Troh offen zum Widerstand gegen die Staatsgewalt auffordern. In dem Beschluß heißt es u. a.

„Wir erklären jedoch heute einmütig, daß wir in der tiefsten Notlage der deutschen Landwirtschaft solidarisch mit unseren Arbeitgeberern sind; ihre Not ist unsere Not. Wir werden nicht dulden, daß unsere Betriebe zum Stillstand kommen und daß dann nach Erliegen der Landwirtschaft zu erhöhten Preisen aus dem Ausland eingeführt werden muß, was die Stube zur Ernährung braucht. Vornahme von Zwangsollstreckungen bei unserer Arbeitgebern, seien es große oder kleine, werden wir mit allen Mitteln abwehren, weil wir durch solche ebenso getroffen werden, als unsere Arbeitgeber... In letzter Minute — schon nicht mehr letzter Stunde — rufen wir den Behörden und allgemein unseren Volksgenossen zu: „Bis hierher und nicht weiter! Treibt uns nicht zur Verzweiflung; von verzweifelten Menschen können Schritte erfolgen, die nachher nicht mehr gut zu machen sind!“

Das sind ja sehr angenehme Töne! Man hat sie auch sonst schon gehört, wenn das städtische Proletariat vor Verzweiflung nicht aus noch ein wußte. Wir wissen, daß zahlreiche Hungerkrawalle während der Inflationszeit stattfanden, aber wir wissen auch, daß sehr viele an ihnen beteiligte Arbeiter und Arbeiterinnen zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt wurden und zum Teil noch heute hinter den Gittern sitzen.

Reinen die Großgrundbesitzer, die die „Arbeitnehmergruppe“ ihres Landbundes zu offenen Drohungen gegen die Regierung und zu Krawallen aufreizen, daß mit diesen gelben Revolutionären anders umgegangen würde, als mit den städtischen und industriellen hungernden Arbeitern? Woher nehmen sie diese gute Meinung? Geben ihre Verbindungen zu Reichsbehörden ihnen dazu irgendeinen Anhalt? Es wäre interessant zu erfahren, welche Stellung die Reichs- und die Staatsregierung zu den dreisten Drohungen der pommerischen Agrarier einnehmen und ob die Staatsgewalt wirklich schon so weit vom Geiste des putschistischen Landbundesdirektors v. Dewitz beeinflusst ist, daß sie sich die Androhung offenen Widerstandes gegen Rechtsmaßnahmen widerspruchslos gefallen läßt.

Protest-Versammlungen in Berlin

Dienstag, den 22. Juli 1924
Gegen den Zollwucher! Gegen den Bürgerblock-Reichstag!
Für den Achtstundentag! Für den Völkerrfrieden!

Gewerkschaftsbewegung „Volksgemeinschaft“ gegen Arbeitnehmer.

In Nr. 14 des „Arbeitgeber“ vom 15. Juli veröffentlicht der Vorsitzende der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände einen neuen Artikel, in dem er sich sehr eingehend mit den Antworten beschäftigt, die er auf sein Ultimatum an die Gewerkschaften, die Interpellation über den Achtstundentag zu desavouieren, erhalten hat. Mit der Antwort, die ihm der „Vorwärts“ erteilt, ist Herr Vorsig sehr unzufrieden. (Die Antwort der „Gewerkschaftszeitung“ hat er offenbar nicht gelesen.) Er hat das schon einmal im „Arbeitgeber“ veröffentlicht lassen und wiederholte nun höchst persönlich seine Unzufriedenheit. Wir nehmen davon pflichtschuldigst Kenntnis, ohne Herrn Vorsig versichern zu können, daß wir unser Urteil über seine Politik irgendwie ändern werden.

Auch mit der Antwort, die er vom Führer der Christlich-Deutschen Gewerkschaften, Erkelenz, erhielt, ist Herr Vorsig nicht einverstanden. Es bleibt ihm schließlich nur der einzige Herr Stegerwald übrig. Der Vorsitzende der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände freut sich, zunächst feststellen zu können, daß Herr Stegerwald von den Sozialdemokraten und ihrer Presse mit aller Deutlichkeit abrukt. „Die Freude dieser Feststellung wird jedoch durch Beobachtungen in der Vergangenheit etwas beeinträchtigt.“ Die Meinung des Herrn Stegerwald in allen Ehren. Aber:

Zahllos sind die Vorgänge in der Praxis, wo die christlichen Organisationen sich offensichtlich Vertragsverletzungen der freigeschriebenen Arbeiterschaft aus Sorge für ihren Mitgliederstand von vornherein oder nachträglich anschließen. ... Sehr eingehend ist die Frage der Arbeitsgemeinschaft mit der christlichen Gewerkschaftsorganisation auch in unseren Reihen erörtert und sehr schwerwiegende Bedenken sind gerade deswegen vorgebracht worden. So liegt es nahe, bei aller politischen Auffassungsgemeinschaft auch in der Kritik der praktischen Arbeit christlich-nationaler Gewerkschaften die Gewerkschaftsbewegung als Sammelbegriff zu fassen und sich so mit ihr auseinanderzusetzen.

Das heißt also auf gut Deutsch: die Politik des Herrn Stegerwald ist uns Unternehmern gewiß sehr willkommen. Denn es ist die Politik des Bürgerblocks. Aber was nützt uns Unternehmern diese Politik des Bürgerblocks, die von Herrn Stegerwald vertreten wird, wenn die Christlichen Gewerkschaften in der Praxis mit den freien Gewerkschaften zusammengehen?

„Es mag aber trotzdem betont sein, daß in der Vergangenheit auch hier die Ausführungen maßgebender christlicher Gewerkschaftsvertreter sich wenig von denen der Sozialdemokraten unterscheiden, wenn es geht, Lohnhöhungen im Hinweis auf Auslandsgehälter, Weltmarktlöhne und dergleichen zu fordern. So drängt sich mir bei den Ausführungen Stegerwalds die besorgte Frage auf, welche Einstellung die christlichen Gewerkschaften gerade jetzt zu der Lohnfrage in Verbindung mit dem Sachverständigenbericht einnehmen. ... Wir deutschen Arbeitgeber können uns dem Satz des Berichtes nicht anschließen, daß trotz Verfallens und trotz eines etwaigen neuen Londoner Diktates die deutsche Lebenshaltung der der benachbarten Auslandsstaaten gleich sein könne.“

Das heißt also auf gut Deutsch: „Wir Unternehmer sind im Gegensatz zu den Sachverständigen der „Feindstaaten“ der Ansicht, daß die deutsche Arbeiterschaft schlechter entlohnt sein und eine längere Arbeitszeit haben muß als die Arbeiterschaft der übrigen Welt.“ Diese Weisheit des zweifellos „national“ eingestellten Vorsitzenden der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ist gewiß nicht neu. Sie ist den deutschen Unternehmern von dem nicht weniger „national“ eingestellten Generalsekretär des französischen Comité des Forges, Herrn Pinot, suggeriert worden. Also auch unsere Arbeitgeber sind, um in ihrem Jargon zu sprechen, „international verfeuert“.

Dieser internationale Kampf der Unternehmer gegen die Lebenshaltung der Arbeiterschaft der ganzen Welt und gegen den Achtstundentag ist ja nicht von heute und gestern. Dieser Kampf bestand vor dem Kriege, er wurde geführt vor der Berufsbildung des Gutachten der Sachverständigen und er wird geführt werden, wenn alle die heute herangezogenen Gründe oder Vorwände längst nicht mehr bestehen werden. Diese Stellungnahme gegen die deutschen Arbeitnehmer hindert Herrn Vorsig nicht, salbungsvoll von der „Volksgemeinschaft“ zu reden.

Für die Art, mit der der Vorsitzende der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände die Umwelt und die Ereignisse betrachtet, ist nichts so charakteristisch wie seine stereotype Behauptung, daß die Ausperrungen auf den Seeschiffswerften und im Ruhrbergbau Streiks waren, die von den Gewerkschaften geführt wurden. Und er kann es den Christlichen Gewerkschaften nicht verzeihen, daß sie sich in die gemeinsame Kampffront gestellt haben, statt sich den Unternehmern auf Gnade und Ungnade zu unterwerfen. So kommt Herr Vorsig zu folgendem Schluß: „Was können uns alle auf Kultur und Gefühl eingestelltes Beschlüsse und Kundgebungen von Kirche und Wissenschaft gerade zu dieser Frage helfen, wenn die rauhe Wirtschaftsnotwendigkeit keinen Zweifel darüber lassen kann, daß das Zweischichtensystem bei dem gegenwärtigen Stand unserer Produktions- und Absatzverhältnisse vorerst nicht entbehrt werden kann. Gerade hier würde sich ein verständnisvolles Eingehen der christlichen nationalen Gewerkschaften auf die Sorgen der Arbeitgeber gewiß segensreich auswirken.“ Also erst müssen sich die Christlichen Gewerkschaften zum Zwischstundentag bekehren, ehe sie für Herrn Vorsig bündnisfähig sind.

In diesem Sinne stellt der Vorsitzende der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände Herrn Stegerwald eine Reihe von Gegenfragen. Wir zweifeln nicht daran, daß dieser sich bemühen wird, die Fragen zur Zufriedenheit des Herrn Vorsig zu beantworten. Wir zweifeln aber auch ebenso wenig daran, daß im praktischen Kampf um den Achtstundentag und um die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft die Mitglieder der Christlichen Gewerkschaften ihren Mann stehen und es Herrn Stegerwald über-

lassen werden, sich mit dem Vorsitzenden der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände höchst persönlich zu einigen. Diese „Volksgemeinschaft“ Stegerwald-Vorsig gegen die Arbeiterschaft des Deutschen Reichs ist schließlich ein Privatvergnügen, das die Öffentlichkeit nicht weiter interessiert.

Die Einheitsfront mit den Unternehmern.

Die A.P.D. sieht sich demüßigt, angesichts der tiefgehenden Bewegung, die durch den Kampf um die Ratifizierung des Abkommens von Washington in der gesamten Arbeiterschaft ausgelöst wurde, etwas zu tun. Die Massen haben erkannt, daß hier der praktischste, einfachste und klarste Weg ist, um den Achtstundentag international und damit national sicherzustellen.

Was tut also die A.P.D.? Befehrt sie sich etwa zu dieser praktischen, gegenwärtig allein möglichen Lösung des Problems? Stellt sie wenigstens in der Frage des Achtstundentages die von Moskau neuerdings wieder propagierte „Einheitsfront“ her?

Sie darf es nicht; das gestattet Moskau nicht. Da sie aber „heran an die Massen“ soll, glaubt sie besonders schön zu handeln, wenn sie ihre Reichstagsfraktion mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs beauftragt, der „für alle gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, für die kaufmännischen und technischen Angestellten und Beamten, die Hausangestellten, das Krankheitspflegepersonal, die Gastwirtschaftlichen, ferner für alle Beschäftigten der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe und für die gesamten Besatzungen der Schiffe in der Groß-, Küsten- und Binnenschifffahrt, sowie in der Fischerei“ den Achtstundentag einschließlich einer Pause von einer halben Stunde und einer Höchstarbeitszeit von sechs Stunden an den Tagen vor den Sonn- und Feiertagen“ festlegt. Für landwirtschaftliche Arbeiter, für Hausangestellte, für Fischer!

Dieser Gesetzentwurf, von dem die A.P.D. natürlich ebenso wie jedes Kind weiß, daß er nicht die geringste Aussicht auf Annahme hat, begleitet die „Rote Fahne“ mit einem langen Artikel, indem sie alle längst widerlegten Lügen von der angeblichen Feindschaft der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften gegen den Achtstundentag wieder aufwärmt. Es verlohnt sich nicht, darauf einzugehen.

Wir stellen also fest: Die A.P.D. bringt einen Gesetzentwurf ein, von dem sie weiß, daß er nicht angenommen wird, der aber allen Feinden des „schematischen“ Achtstundentages die besten Waffen liefert. Sie widerlegt sich aber der einzig praktischen und möglichen Sicherung des Achtstundentages, der Ratifizierung des Abkommens von Washington. Sie will damit die Einheitsfront der Arbeiterschaft zerstören und stellt sich mit den Unternehmern in eine Einheitsfront.

Unternehmerwünsche in der Metallindustrie.

Zwischen dem Deutschen Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin, und dem Verband Berliner Metallindustrieller fanden dieser Tage Verhandlungen statt, die das Ziel haben sollten, das am 31. Juli ablaufende Arbeitsnachweisabkommen zu erneuern. Nach den neuesten Bestimmungen des Landesarbeitsamtes dürfen ab 1. August d. J. in den paritätischen Facharbeitsnachweisen nur noch Facharbeiter vermittelt werden. Die in den Industrien beschäftigten Hilfsarbeiter müssen die Bezirksarbeitsnachweise benutzen. Der B.M.A., dem der paritätische Nachweis schon lange nicht mehr gefällt, glaubte nunmehr ganze Arbeit machen zu können und zeigte nicht übel Lust, die vollständige Beseitigung des Nachweises durchzusetzen. Auf nichts anderes wären nämlich die Anträge der Unternehmer hinausgelaufen, hätten sie Verwirklichung erlangt. Sie verlangten, daß das Ultimatum wieder gestillt sein solle, daß sie nach wie vor Ermessen in den Einstellungen vornehmen könnten und daß nur eine Kontrolle der so Eingestellten durch den Nachweis nötig sei sollte.

Die Arbeitnehmervertreter lehnten natürlich diese Anträge rundweg ab. Die Unternehmer verlangten nunmehr die Erhöhung des Prozentsatzes der frei Eingestellten von 5 Proz. auf 25 Proz. Auch die dafür gegebenen Begründungen zeigten den ganzen Haß gegen die Zwangsnachweise. Die Unternehmer erklärten, unter den „auf Pragensitz“ freigegebenen nicht genügend Auswahl für Spezialarbeiter zu haben. So, sie gingen sogar so weit, zu fordern, daß ihnen gestattet werden solle, die in Zeiten schlechter Konjunktur entlassenen Arbeiter noch innerhalb von zwei Jahren ohne Nachweis in ihre Betriebe zurückholen zu können. Man verlangte also die Zustimmung der Arbeiterorganisationen dazu, daß die Arbeiter die volle Auswirkung von Krisenzeiten allein tragen, um sie dann, wenn der Unternehmer sie wieder gebraucht, demselben Unternehmer zuzurechnen, der sie bei der nächsten Gelegenheit wieder aufs Flußbett setzt.

Das hätte jede Arbeitsnachweistätigkeit aufgehoben. Die Organisationsvertreter konnten auch nachweisen, daß die Unternehmer in den meisten Betrieben nicht einmal die Berechtigung zur freien Einstellung, wie sie jetzt mit 5 Proz. festgelegt ist, ausgenutzt haben; der Durchschnitt für alle B.M.A.-Betriebe beträgt 2,5 Proz. Zudem fallen in Zukunft die Hilfsarbeiter vollends aus, so daß die Unternehmer mit der bestehenden Regelung alle ihre Wünsche befriedigen können.

Die Verhandlungen sind noch nicht zu einem Abschluß gekommen, sie sollen in nächster Zeit fortgesetzt werden. Den Herren vom B.M.A. kann aber schon jetzt gesagt werden, daß sie mit ihren Absichten bei den Metallarbeitern nicht durchkommen werden. Nachdem nunmehr die Arbeitsnachweisfrage auf die Facharbeiter beschränkt ist, könnten dem B.M.A. sehr leicht Schwierigkeiten bereitet werden, die ihm nicht angenehm sind, die er aber durch sein Verhalten selbst provoziert hat. In der Berliner Metallarbeiterchaft macht sich eine immer stärker werdende Beunruhigung über das Gebaren des B.M.A. in der letzten Zeit bemerkbar. Sollte jetzt auch noch die Arbeitsnachweisfrage auf die Tagesordnung kommen, ist mit ernstlichen Konflikten zu rechnen.

Konflikt bei den Wasserwerken.

Die Angestellten der Berliner Wasserwerke, einschließlich der früheren Beamten, nahmen in einer Betriebsversammlung im Bürgeraal des Rathauses zu dem geplanten Angestellten-Abbau bei den Wasserwerken Stellung. Die Direktion trägt sich mit der Absicht, die Wassergeldbeiträge nur noch alle acht Wochen zu kassieren, statt wie bisher vierwöchentlich. Alle Verluste des Betriebes, die Direktion unzustimmen, blieben erfolglos. Der Betriebsrat machte für die vierwöchentliche Kassierung besonders geltend: 1. daß ein gewaltiger Zinsverlust durch die spätere Einflößerung eintritt; 2. daß es manchem kleinen Hausbesitzer schwer fallen wird, die größeren Beträge für acht Wochen aufzubringen; 3. ein eventueller Rohrbruch wird erst vier Wochen später entdeckt, so daß neben den entstandenen Materialschäden noch ein bedeutender Wasserverlust eintritt.

Der Direktor Kühne wies diese Bedenken mit folgender Begründung zurück: „Wir als Betriebsleitung haben nur ein Interesse: Wir wollen Wasser verkaufen!“ Der Herr Direktor fragt nicht, ob Materialschäden entstanden sind, ob durch den Verlust von Wasser Achse und Arbeitskraft vergeudet werden. Er hat auch kein Interesse daran, die monatliche Kassierung wieder einzuführen, um den Werten die Kapitalkosten für je vier Wochen zu erhalten.

Es rührt den Herrn Direktor auch gar nicht, etwa 80 bis 90 seiner Angestellten auf die Straße zu werfen. Die Hauptsache ist die Profitrate.

Der Vertreter des B.M.A. wies darauf hin, daß die Organisation, gestützt auf ihre tarifliche Vereinbarungen, für alle ihre Mitglieder die Schiedsstelle anrufen wird. Er machte darauf aufmerksam, daß nur die Angestellten einen Rechtsanspruch auf eine Abstimmungskommision bei einer Entscheidung der Schiedsstelle haben, die Angehörige einer Tarifpartei sind. Alle Unorganisierten sind der Willkür der Betriebsleitung preisgegeben. Es wurde außerdem darauf hingewiesen, daß am 31. August die Vereinbarung für die Arbeitszeit abläuft. Der B.M.A. wird, nachdem man auf den Werken fortgesetzt Entlassungen vorgenommen hat, am Achtstundentag festhalten. Die Angestellten der Wasserwerke sollen aber nicht aus den Augen verlieren, daß neben diesen Dingen, wie Abbau und Achtstundentag, der immerhin günstige Tarifvertrag auf dem Spiel steht. Nur eine fest geschlossene Arbeiterorganisation kann die Angriffe der Arbeitgeber abhalten.

Schiedspruch für die Omnibusbetriebe.

Nach mehrstündigen schwierigen Verhandlungen fällt am Donnerstag nachmittag der Schlichtungsausschuß für die Omnibusbetriebe einen Schiedspruch, der in keiner Weise den Dienstverhältnissen und der Lebenshaltung der Omnibusangestellten Rechnung trägt. Die Lohnhöhung für Führer beträgt 40 Pf. pro Tag, für die Schaffner 25 Pf. und für die übrigen Arbeiter 20 Pf. Die anderen Forderungen zwecks Regelung der Löhne bei Krankheitsfällen und Entlassungen, die Regelung der Kündigungsfrist, blieben unberührt. Es wurde den Parteien empfohlen, in neuen Verhandlungen über diese Fragen gefordert zu sprechen.

Am Freitag vormittag nahmen die Funktionäre der Omnibusbetriebe zum Schiedspruch Stellung. Nach längerer Diskussion kam man überein, daß ein anderer Weg zur Erzielung eines besseren Lohnes nicht in Frage kommt. Die Verhandlung nahm daher den Schiedspruch an. Die neuen Löhne gelten vom 1. Juli bis zum 30. September.

Konflikt im Steinmetzgewerbe.

Im Steinmetzgewerbe verzögert die ablehnende Haltung der Arbeitgeber den Abschluß einer neuen Lohnvereinbarung. Gegenüber der Forderung, die Stundenlöhne für alle Kategorien um 20 Pf. mit Geltung ab nächster Lohnperiode zu erhöhen, vertreten die Unternehmer den Standpunkt, Leistungslohne einzuführen. Ferner sollen auch die neunstündige Arbeitszeit und Doppelschichten ohne Zuschlag bei Straßenbahnarbeitern eingeführt werden.

In der paritätischen Schlichtungskommission zogen die Arbeitgeber nach sehr eingehenden Verhandlungen diese Anträge zurück. Eine Lohnhöhung glaubten sie nicht bewilligen zu können. Nunmehr befahte sich das Schlichtungsgremium mit der Lohnforderung. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde den Parteien aufgegeben, am Dienstag, den 22. Juli, nochmals zu verhandeln. Sollte dann eine Einigung nicht erfolgen, wird vor dem Schlichtungsgremium am Donnerstag, den 24. Juli, verhandelt und ein Schiedspruch gefällt werden.

Am Sonntag, den 27. Juli, werden die Steinmetze in einer kombinierten Versammlung Stellung nehmen. Bis dahin sind etwaige Kampfparolen abzulehnen. Berufsgenossen! Bewahrt Disziplin! Andernfalls befragt ihr nur die Geschäfte der Kreise, die es schon durchgeleitet haben, daß zum Beispiel in Charlottenburg die Auspflasterung der Straßenbahngleise zugunsten der Asphaltierung inhibiert worden ist.

Die Gewerkschaftsbewegung in Brasilien.

Im Jahre 1920 gab es in Brasilien ca. 500 000 Gewerkschaftler. Nach einigen erfolgreichen Streiks erlitten dann aber die Gewerkschaften in einigen, von der Regierung unterstützten Gegenangriffen der Unternehmer starke Verluste und ihre Mitgliederzahlen gingen beträchtlich zurück.

Von einer Bewegung über das ganze Land kann man in Brasilien kaum sprechen. Die meisten Organisationen haben lokalen Charakter. In Rio de Janeiro gibt es zwei Verbände von Bediensteten, Befeidungs- und Bauarbeitern, ferner 12 andere Organisationen für die verschiedensten Berufe, worunter eine Vereinigung von Handelsangestellten mit 22 000 Mitgliedern. In anderen Städten gibt es ferner einige Föderationen oder einzelne Verbände, endlich kann ein Genossenschaftsverband erwähnt werden, der auch einige Gewerkschaften umfaßt und 140 000 Mitglieder zählt. Sein Einfluß ist jedoch nicht groß. Er wurde unter den Auspizien der Regierung errichtet und ist sehr nach rechts orientiert. Die älteren Verbände sind gelb, die jüngeren der beiden Föderationen in Rio de Janeiro kommunistisch. Die Landarbeiter sind gar nicht organisiert; doch wegen der Zunahme der Zahl der Kaffeepflanzungen und der damit im Zusammenhang stehenden großen Nachfrage nach Arbeitskräften erfreuen sich diese Arbeiterkategorien verhältnismäßig hoher Löhne.

Zwischen der Firma Schuhfabrik „Ideal“, Andreasstr. 82, und dem Zentralverband der Schuhmacher, ist über die schwebenden Differenzen eine Einigung erfolgt. Die über die Firma verhängte Sperre wird hiermit aufgehoben.

Zentralverband der Schuhmacher.
Die Großdeffaktion von Hildebrandt, Reichenberger Straße, Ecke Rantewerksstraße, ist wegen Tarifbruch gesperrt. Dergleichen auch das Lokal von Hoppe, Kolbitzener Damm 22, welches kein organisiertes Personal beschäftigt. Arbeiter Berlins, übt Solidarität!
Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten.

Achtung! Betriebsvertrauensleute der A.P.D.!

Für die am Dienstag, 22. Juli, stattfindenden Versammlungen sofort Werbematerial abholen im Sekretariat Lindenstr. 3, Zimmer 7.

Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Berlin. Am Sonntag vormittag 9½ Uhr findet in den Reibers-Neudörfen, Gansbäckerstr. 31, eine Versammlung über im Bauergewerksbund organisierten Maurer und Steinträger, soweit sie in Arbeit arbeiten, statt. Tagesordnung: 1. Die Arbeitsergebnisse im Berliner Bauergewerbe, 2. Diskussion. Wir erlauben alle Kollegen, die in Arbeit arbeiten, unbedingt zu erscheinen. Ohne Verbotsbuch, das am Sonntagvormittag vorzulegen ist, kein Zutritt. Der Vereinsvorsitzende.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Walter Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Dr. John Schickwall; Grafische und Druckerei: Walter Teegen; Anzeigen: H. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin O.B. 65, Lindenstraße 2, Stern 2 Verlag.

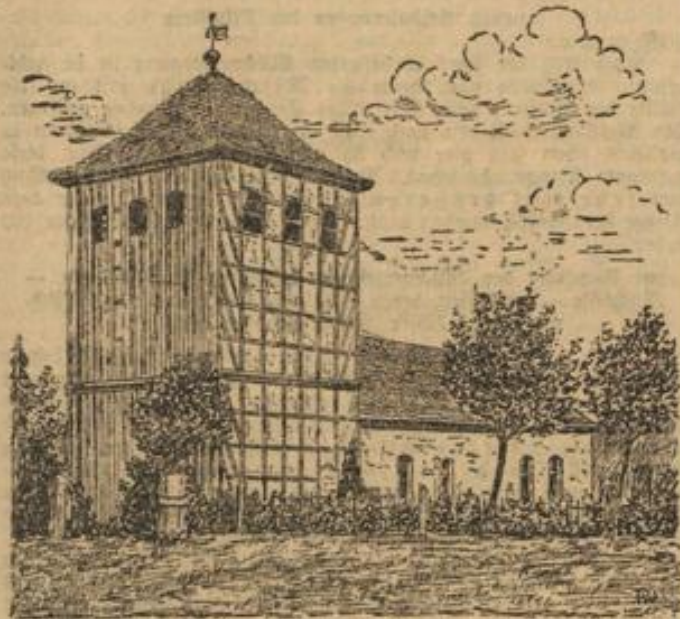
Wenn Sie wüßten
wie sicher und bequem Sie Ihre
Hühneraugen und Hornhaut
durch „Lebewohl“
los werden, würden Sie sich nicht erst mit minderwertigen Mitteln herumärgern. „Lebewohl“ wirkt durch Filzring sofort schmerzstillend. Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf.
— Seit 20 Jahren bewährt —
In Drogerien und Apotheken zu haben.
Verlangen Sie ausdrücklich Lebewohl mit Filzring

Sonntägliche Wanderziele.

Klosterfelde — Biesenthal.

Mit der Nordbahn fahren wir vom Stettiner Vorortbahnhof nach Reinickendorf-Rosenthal. Von hier bringt uns die Groß-Schönebecker Kleinbahn über Basdorf nach Klosterfelde. Wir wandern nicht in das Dorf hinein, das wahrscheinlich von den Lehnherrn Wänden im 13. Jahrhundert gegründet wurde, sondern wenden uns vom Bahnhof sogleich gen Nordost nach Neudörfchen. Die Wanderung führt durch den nördlichen Teil der ausgedehnten Wäldungen, die sich im Norden der Reichshauptstadt, von Tegel, Schönwalde, Bernau bis zum Eberswalder Tal erstrecken. Dieser Teil des Barnim gehört zu den waldreichsten Gebieten der Mark. Von Neudörfchen, das ebenfalls zu Behnin gehört, führt der Weg östlich weiter durch Wald, zuletzt über Felder nach Prenden. Das Dorf liegt auf einer flachen Bodenerhebung zwischen dem Strehlesee im Süden und dem Bauersee im Norden. Diese Talente erstreckt sich gen Nord über den Mittel-Prendensee und dem Eiserbudersee bis zum Finowkanal. In der Mitte des Dorfes liegt die alte Kirche mit ihrem Fachwerkurm, dessen Wetterfahne mit Brettern verkleidet ist (siehe Abbildung). Zu den Spitz- und Sängersäulen von Prenden gehört der alte Sparr, der Feldmarschall jenes Kurfürsten, den die Geschichtsschreiber den „Großen“ genannt haben. Er lebte und starb hier, wurde jedoch in der Marienkirche in Berlin beigesetzt. Der alte Sparr soll mit dem Teufel im Bunde gewesen sein. Die Sage erzählt, daß er durch die Lüfte reiten und in der Rutsche über das Wasser des Sees fahren konnte. Er soll es auch verstanden haben, den Höllenfürsten manches Mal zu überlisten. Prenden ist ein altes Dorf; es gehört zu den Dörfern, die im Landbuch Kaiser Karls IV. von 1375 aufgeführt sind. Auch die Mühle, die am Ausfluß des Strehlefließes liegt, war zu jener Zeit schon vorhanden. Von Prenden wenden wir uns südöstlich. Der Weg führt anfangs durch die Brendener Feldmark, dann in die Wutuhlenheide; wir folgen ihm bis zum Jagenstein Q 108. 109. Hier gehen wir links ab; an der Grenze der Kreise Niederbarnim (links) und Oberbarnim (rechts) wandern wir über den 80 Meter hohen Wutuhlenberg zum Kleinen Wulensee. Um dessen Nordspitze kommen wir zum Großen Wulensee. Am Westufer dieses schönen Sees führt ein Pfad gen Süd, der uns schließlich zur Chaussee bringt, auf der wir, am Krummen Fluß und am Kesselsee vorüber, nach Biesenthal kommen. Die Stadt bildete schon in vorgeschichtlicher Zeit einen Siedlungsplatz, wie der Schloßberg und der Beierberg im Norden von Biesenthal, zwei alte Burgwälle, bezeugen. Auch die aus der Niederung im Süden der Stadt aufragenden Berge tragen Spuren vom vorgeschichtlichen Menschen. Hier fanden einige Wanderer keine Feuersteingeräte in reichlicher Menge, die jetzt im Märkischen Museum in Berlin ausgestellt sind. Es sind sogen. Mikrolithen (von mikros = klein und lithos = Stein), die bisher so gut wie gar nicht in der Mark Brandenburg gefunden wurden. Wir haben hier ein treffliches Beispiel dafür, wie Wandern und Wissenschaft hand in hand arbeiten können. Zur Zeit des foralindischen Landbuchs, das von Biesenthal drei Mühlen erwähnt, war der Barnim in drei Distrikte eingeteilt: Berlin, der so ziemlich alle Dörfer umfaßte, die den heutigen Kreis Niederbarnim bilden, Strußberg oder Strausberg, der den größten Teil des Kreises Oberbarnim ausmachte, und Bysbal oder Biesenthal, zu dem die übrigen Dörfer des Oberbarnim, aber auch mehrere der heutigen Uckermark gehörten. Vom Marktplatz wandern wir nach Süden durch die Berliner Straße zur Stadt hinaus. Ein Rückblick zeigt uns ein schönes Bild von Biesenthal, das am Bergang liegt. Wir bleiben in südlicher Richtung; rechts dehnen sich die vom Bügelflöß durchflossenen Pflaumenwiesen aus. Durch hügeliges Gelände kommen wir zur Langrönnemühle, eine auch schon im Landbuch genannte Mühle, die uns den Zauber märkischer Wassermühlen recht zum Bewußtsein bringt. Wir wandern von hier immer durch Wald nach Ladeburg und folgen der Chaussee nach Bernau. Mit einem Rundgang durch die Stadt an der Quelle der Panke beschließen wir die Wanderung. Weniger rüstige Wanderer können von Biesenthal östlich durch die Königsstraße und Bahnstraße zum Bahnhof Biesenthal gehen und von hier die Heimfahrt antreten. Weglänge bis Bernau etwa 26 Kilometer, bis Bf. Biesenthal etwa 17 Kilometer.

chen sich auch jetzt noch in stille Bescheidenheit hüllt, lenkte es doch einst die Aufmerksamkeit eines Geistesgewaltigen auf sich. In Werneuchen wirkte von 1795 bis 1838 F. W. A. Schmidt als Seelsorger. Er war zugleich ein Dichter, wohl der erste, der die Schönheiten der märkischen Landschaft dichterisch würdigte, und zwar mit einfachen, aber doch trefflichen Worten. Aber die Eigenarten seiner Dichtkunst wurden verkannt, zumal sich auch Goethe über die Gedichte lustig machte. In dem Gedicht „Mäusen und Grazien in der Mark“ geht er seinen Spott aus über Schmidt von Werneuchen, wie er genannt wurde. Auf dem stillen Friedhof des märkischen Städtchens hat der Seelsorger und Dichter seine letzte Ruhestätte gefunden. Von der Kirche wandern wir gen Ost, über das



Stienhölzchen und alsbald in südlicher Richtung zum Städtchen hinaus. Rechts zieht sich das Fließ hin, in dessen Nähe wir bleiben. Am Anfang eines kleinen Wäldchens gehen wir rechts ab, zum Rand der Niederung. Auf einer Brücke überschreiten wir das Fließ und gehen nun unmittelbar am Westrand der vom Fließ durchzogenen Biesenniederung gen Süd. Über die Feldmark streicht die Grenze zwischen dem Oberbarnim im Norden und dem Niederbarnim im Süden. Eine alte Kiefer ragt einsam von des Berges Höhe weithin über das Land; sie steht an der Grenze, gleichsam als ein Wahrzeichen. Wir bleiben am Fließ, das auch Langes Fließ genannt wird. Ein kleines Wäldchen begrenzt die Niederung, hinter dem das Dorf Krummensee liegt. Wir haben bald Alt-Landsberg erreicht, ein ebenso bescheidenes märkisches Landstädtchen. Nur wenige Straßen hat es. Von den alten Befestigungswerken sind nur noch zwei Tortürme und ein Teil der Stadtmauer erhalten geblieben. Im Osten liegt der Strausberger Torturm, von einem Storchneft getront, im Süden der Berliner. Zwischen beiden Türmen zieht sich ein hübscher Teil der Stadt die alte Mauer herum. Sie ist aus Findlingsblöcken aufgebaut; an ihrer Außenseite führt eine von Bäumen eingefasste Promenade hin. Wir verlassen Alt-Landsberg auf der Chaussee gen Nordost und folgen dem alsbald nach Osten abzweigenden Landweg. Ueber die leicht wellige Hochfläche des Barnim, die oft von entwässerten Gräben und Flößen durchfurcht wird, gelangen wir zum Wald. Er besteht aus Kiefern, Fichten, Eichen und Birken. Sumpfgelände durchziehen ihn; sie zeigen uns an, daß hier einstmal Wasserbeden, Seen, vorhanden waren. Bald hinter dem Quergestell E zweigt ein Weg in nordöstlicher Richtung nach Spikmühle ab. Wir überschreiten das Ostende des Krummen Luhs, das uns rechts vom Wege eine schöne Sumpflandschaft zeigt. Der Wald besteht jetzt nur noch aus Kiefern, unter denen Wacholderbüsche gedeihen. Bald haben wir Spikmühle erreicht. Im Garten der Mühle sprudelt eine Quelle. Die Landschaft zwischen dem Fänger- und dem Böhse, auf der Spikmühle liegt, war schon in vorgeschichtlicher Zeit

befiedelt. Ein alter Burgwall, der leider nicht mehr vollständig ist, zeugt davon. Die Spuren vom vorgeschichtlichen Menschen in der Mark Brandenburg sind gar nicht so selten; man muß sie nur zu finden wissen. Wir wandern auf dem Ostufer des Böhsees gen Süd; auf halber Bergeshöhe schlängelt sich der schöne Pfad hin. Die Höhen sind mit Nadelwald bestanden, während unmittelbar am Seeufer Erlen und Birken wachsen. Der Böhsee ist ein Glied in der Kette der Seen, die sich in einer fast durch die ganze Barnimhochfläche hinziehenden Rinne erstrecken. Derartige Rinnenseen, die von den Schmelzwässern des eiszeitlichen Inlandsees ausgewaschen wurden, zeigen immer eine bedeutende Länge bei verhältnismäßig geringer Breite; auch sind sie sehr tief und werden von steilen Uferändern begleitet. Am Ende des Waldes wenden wir uns vom Böhsee ab; der Weg führt am Waldrand gen Ost zum Süden des Strausseees. Wir wandern auf dem Westufer dieses Sees gen Nord bis zur Fährstelle. Jenseits liegt Strausberg, die „Stadt am Straus“. Von der Fährstelle bringt uns die Fähr über den See zur Stadt. Ein Rundgang durch Strausberg beschließt unsere Wanderung. Mit der Straßenbahn oder mit der Kleinbahn fahren wir nach dem Döbbehof Strausberg und von hier mit dem Vorortzug nach Berlin zurück. Weglänge etwa 26 Kilometer.

Bericht aus einer Sommerfrische.

Aus unserem Leserkreis erhalten wir mit der Bitte um Veröffentlichung einen Bericht aus einer den weitesten Kreisen unbekannteren Sommerfrische. Wir erfüllen gern den Wunsch des Einsenders auf Befanntschaft seines Berichtes, weil wir der Meinung sind, unseren Lesern durch diese Mitteilungen nützen zu können.

In dem uns zur Verfügung gestellten Bericht heißt es: „Eigentlich ist es eine gute Regel und alte Erfahrung, den Ort nicht zu nennen, an dem man sich ein paar Sommer- und Ferientage wohl und glücklich gefühlt hat, um nicht die Abzweigen anzulocken, die das Wohl stören, die Preise steigen lassen und schließlich alle angenehmen und harmonischen Verhältnisse, die so lange in dem Zufluchtsort geherrscht haben, auf den Kopf stellen. Indessen, man soll auf der anderen Seite nicht egoistisch und hart sein, und man hat die Pflicht, an seinem bescheidenen Teil und mit seinen geringen Kräften allen denen zu helfen, die nicht wissen, wohin sie sich zu wenden haben und wie sie es machen sollen, um mit wenig Geld, ohne große Umstände und allerhand kostspielige Reisevorbereitungen eine notwendige Erholung zu finden. Außerdem liegt die Sache hier insofern wesentlich anders, als es sich um ein sehr großes Waldgebiet handelt, das von tiefer Tausenden bevölkert sein kann, ohne daß der eine den anderen stört. Sollen aber wirklich einmal an einer Stelle sich zu viele Menschen zusammenballen und die laute Lustigkeit der einen Gruppe, die lärmenden Spiele und Schreie der Kinder, eine andere Gruppe, die Ruhe und Waldfrieden suchte, empfindlich stören, so ist Abhilfe lei ichund schnell möglich. Das ganze große Waldgebiet der unbekannteren Sommerfrische ist nämlich von den verschiedensten Verkehrsverbindungen durchkreuzt. Wo man auch immer weilen möge, hat man die Möglichkeit, nach einer Wanderung durch den Wald an eine Fahrgelegenheit zu kommen, die einen für ganz geringes Geld weit fortführt zu einem anderen Punkt, an dem man bestimmt allein und unbehelligt weilt, auf dem Moos liegend das Spiel der Wolken beobachten und die goldenen Sonnenstrahlen über Baum und Busch tanzen sehen kann. Und abwechslungsreich wie selten ist diese Sommerfrische. Wald, Wiesen, Wasser, alles ist vereint, lockt zu langen Spaziergängen, lobet zum Baden ein, oder bietet Gelegenheit, auf den saftig-grünen Wiesen jene einfachen, man möchte fast sagen, unaufbringlich-stillen Sträuhe zu pflücken, die die schönste Zier sommerlicher Stuben sind. Mit dieser Aufzählung sind jedoch die Reize des großen, grünen Reviers noch nicht erschöpfend dargestellt. Da ist zum Beispiel noch der Sand zu nennen, der diese Sand, der unter der heißen Sonne glühend geworden ist und in dem sich zu strecken eine Wohltat für alle diejenigen ist, die aus dem letzten, unbarmherzig kalten Winter Schmerzen und allerlei Unbehagen in den Knochen zurückbehalten haben. Man sieht also, auch Heilwirkungen werden hier erzielt, ohne daß es groß der Hilfe und der kostspieligen Konsultation eines Arztes bedarf.

Mit den löblichsten ideellen Zuständen gehen die materiellen harmonisch hand in hand. Niemand braucht um die Verpflegung besorgt zu sein. Für jeden Geschmack und für jeden Geldbeutel ist gesorgt. Hier kann man den mitgebrachten Kaffee kochen und dort

Zwischen Wriezener- und Ostbahn.

Vom Schlesiischen Bahnhof (Wriezener Bahnsteig) fahren wir bis Werneuchen, einem kleinen Landstädtchen, dessen erste Erwähnung in einer Urkunde von 1300 geschieht. Obwohl das Städt-

Die Venus von Syrakus.

Von Clara Rahsa.

Er ging seinen Gästen voran, zum Hofe hinunter. Er ging wie auf Federn. Was er jetzt zu zeigen hatte — Gagini hin und her! — das war etwas Vollkommenes. Wie war dieser alte Filou in Palermo nur dazu gekommen, ein so wundervolles Weib zu gewinnen? Schade, die Geschichte dieses Modelles hätte man kennen müssen, doch es war ja damals zu kurz vor seiner Abfahrt, leider. Als er an der breiten, weit geöffneten Tür angelangt war, blieb er stehen. Wie in einem Rahmen, von Sonnenlicht umzittert, erhob sich die wundervolle Venus von Syrakus. Fratelli hörte Ausrufe entzückten Staumens. Er trat völlig zurück, ließ alle vorangehen. Wenn doch Bessio in diesem Augenblick gekommen wäre! Der Kammerdiener, der in erlauchten Häusern heimisch gewesen war, stand dicht hinter ihm. Er hatte den Kopf schief zur Seite gelegt. „Das Schick paßt nicht und das Wasserbeden ist viel zu klein,“ sagte er nörgelig. Fratelli zog seine Stirne in Falten. Er wollte es nicht hören. Dieser Kerl verdarb ihm noch jeden Genuß. „Nicht zur Bewunderung herausfordern,“ flüsterte die Stimme hinter Fratelli. Nein, zum Kuckuck, er tat es ja nicht! Ganz stumm stand er da, wartend. „Nicht warten, zwanglos umhergehen,“ hörte er nochmals. Das war ihm denn doch zu viel! Der Kerl nahm sich Sachen heraus — —! dem mußte er ein Ende machen. „Nun, meine Herren, was sagen Sie zu meiner Venus! Ein Museumstück, großartig, was?“ Die Stimmen liefen durcheinander, man ging lebhaft auf den Brunnen zu, betrachtete die herrliche Statue von allen Seiten, lobte, fragte. „Ach, das ist mir neu,“ sagte ein älterer Herr, der bis dahin zurückgeblieben war, „seit wann ist denn die Venus von Syrakus ergänzt? Wundervoll, ganz wundervoll!“ „Venus von Syrakus!“ rief Fratelli, der nicht alles verstanden hatte. „Ja, so nannte sie auch Gagini. Keine Herren, Sie müssen bedenken, es ist ein echter Gagini!“

„Gagini — wie?“ sagte der Herr, der voll Interesse den Kopf betrachtete. „Gagini? Wann hat der Mann denn gelebt? Der ist doch längst tot!“ sprach ein Junger, Eleganter dazwischen. „Ja, natürlich,“ sagte der alte Herr mit jener Selbstverständlichkeit, die Fratelli immer geärgert hatte. „Nein, Conte Pozzi,“ rief Fratelli triumphierend, „ich habe Gagini in Palermo selbst gesprochen, der Mann ist zwar alt und recht sonderbar, doch er lebt. Ich habe ihm diese seine Venus mit dieser Mühe abgehandelt!“ Es wurde ein wenig still, und in dieser Stille hörte man Flüstern und unterdrücktes Gelächter. Drei in allen Salons bekannte Römer standen beisammen und starrten den schönen Kopf der Venus mit sehr wissenden Augen an. „Das kann nur ein Namensvetter gewesen sein,“ sagte der alte Graf beharrlich; dann begann er sich auf seine Höflichkeit, zuckte die Achseln und fügte ein wenig zu ironisch hinzu: „Doch vielleicht irre ich mich.“ „Ganz gewiß irren Sie sich — zudem: ich erwarte den Museumsdirektor Bessio,“ sagte Fratelli voll Zuversicht. Doch da war etwas hinter seinem Rücken, das ihn unruhig machte: man war so still geworden. Der eine und der andere versicherte ihm zwar, die Venus sei herrlich und ein großes Kunstwerk, doch es wurde merkwürdig licht um ihn her. Dagegen erhob sich dort ein lebhaftes Gemurre, wo die drei Römer standen. „Nun, das kann doch kein Kind sehen: es ist die Principessa Iovia di San Cataldo,“ sagte der eine, „übrigens großartig.“ „Sie ist viel schöner, als ich dachte,“ sagte der zweite, der niemals etwas von der Venus von Syrakus gehört oder gesehen hatte. „Eine ganz tolle Geschichte!“ „Für diesen Emporkömmling? Ach, was, bewahre! Das hängt anders zusammen.“ „Ob der Prinz etwas ahnt?“ „Ganz gewiß nicht, sonst wäre seine Talgdrüse längst geplakt.“ „Vielleicht für den Conte Sisto die Branco —“ „Könnte nur gestohlen sein. Wer weiß, was für ein Halunke der alte Kerl in Palermo ist.“ „Man hat sie diesem Esel in die Hand gespielt!“ „Aber großartig ist sie, was?“ „Unvergleichlich!“

„Es ist ja nur ihr Kopf, ihre Hand,“ warf ein Besonnener dazwischen, „sie wird einem Künstler dazu gegessen haben.“ „Einfach ein Standal,“ hörte man wieder. „Großartig, großartig!“ sagte ein kleiner Dunkler unaufhörlich. Diesen nun nahm sich Fratelli zur Seite, die dünne Luft um ihn her wurde ihm unheimlich. Sollte er dennoch daneben gegeriffen haben? Die Einwendungen des alten Gagini fielen ihm ein. Diese und jene Bemerkung der Herren hatte er trotz seiner Unterhaltung mit anderen aufgefangen: dieser Kleine sollte ihm Rede stehen. Doch der hüllte sich sogleich in eine undurchdringliche Wolke des Lobes. Und genau so ging es Fratelli, als er bei anderen Gästen anklopfte. Da war etwas an dieser Venus, das eine eigentümliche Stimmung in seine Herrngesellschaft hineingetragen hatte, und er vermochte nicht herauszufinden, was es war. „Wenn doch bloß dieser Bessio jetzt nicht käme,“ dachte er immerfort, und dieser Wunsch wenigstens wurde ihm erfüllt. Bessio kam an diesem Tage nicht, und die Herren gingen viel schneller auseinander als Fratelli gedacht hatte. Etwas Stärkeres schien sie fortzuziehen. Als ihm der erste die Hand zum Abschied reichte, konnten die anderen gar nicht schnell genug folgen. Abgekühlten, ja verlassenen Gemütes wandte sich Fratelli nun doch an seinen Kammerdiener. Doch auch der zuckte die Achseln. Diese Angelegenheit war undurchdringlich für seine sonst so geschulten Organe, und so gab er Fratelli nur den Rat, sich möglichst bald mit einer Dame aus jenen erlauchten Häusern zu verheiraten, in denen er, der Kammerdiener, heimisch gewesen war. Nun, das war eben keine Weisheit. Jetzt sollte Bessio kommen. Gewiß hatte er den Schlüssel. — Am andern Tage fuhr Fratelli selbst zum Museumsdirektor, der seine Unhöflichkeit gern gutmachte und mit in den funkelnd neuen Wagen stieg. Als er den Hof betrat und das Götterbild sah, wünschte Fratelli alle Herren herbei, die vor vierundzwanzig Stunden seine Venus teils verlegen, teils allzu laut gepriesen hatten. Dieser Mann da war ehrlich ergriffen, das konnte auch Fratelli sehen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Neuregelung der Milchversorgung.

Seit Monaten wird in Berlin darüber verhandelt, wie die Berliner Milchversorgung auf Grund der neuen Bestimmungen, die der Reichsernährungsminister erlassen hat, neu geregelt werden kann. Wir haben bereits darüber berichtet, daß sowohl die städtische Ernährungsdeputation, wie auch ein von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzter Ausschuss nach eingehender Debatte schließlich einstimmig den Ernährungsdezernenten, Genossen Wuhly, beauftragte, neue Verhandlungen mit den Ministerien einzuleiten. Der Zweck dieser Verhandlungen sollte sein, eine Vertiefung der augenblicklichen Milchversorgung unter Kontrolle des Milchamtes zu ermöglichen und für die Zukunft eine zentrale Kontrolle und Verteilung der in Berlin eingeführten Milch zu ermöglichen.

Jetzt hat der preussische Landwirtschaftsminister im Erverständnis mit dem Reichsernährungsminister Erläuterungen erlassen, die für Berlin die Möglichkeit schaffen, den Wünschen der Ernährungsdeputation entgegenzukommen. In den

neuen Erläuterungen des Ministers

heißt es u. a.:

Auch trotz der stark verbesserten Milchversorgung ist in zahlreichen Gemeinden auch heute die Milchzufuhr erst auf die Hälfte bis höchstens zwei Drittel des Friedensverbrauches gestiegen. Ihr Milchbedarf ist also noch nicht ausreichend gedeckt, trotzdem es vielleicht schon jetzt hier und da auf Schwierigkeiten stößt, diese geringere Menge abzusehen. Dazu kommt, daß die Milch vielfach aus sehr viel größeren Entfernungen als vor dem Kriege herangeholt werden muß. Eine Reihe von Großstädten hat daher

zur Regelung der Milchverteilung besondere Einrichtungen — Milchhöfe — geschaffen, deren Erhaltung im Interesse der Milchversorgung dieser Städte geboten erscheint.

Wo diese Einrichtungen auf gemischtwirtschaftlicher Grundlage (Gemeinde, Landwirtschaft und Milchhandel) aufgebaut sind, wird dies keinen Bedenken begegnen. Sollten noch einzelne Gemeinden die Einrichtungen zur Erlassung der Milch lediglich als Gemeindeeinrichtungen aufgezogen haben, so muß ihre Umstellung in gemischtwirtschaftliche Betriebe nach Möglichkeit beschleunigt werden. Wo hierzu keine Aussicht besteht, werden Maßnahmen zur Aufrechterhaltung dieser Gemeindebetriebe voraussichtlich nicht genehmigt werden können.

Die Aufrechterhaltung des Verfahrens, bei dem die Milchverteilung lediglich behördlich überwacht und reglementiert worden ist, die Gemeinde bestimmte Sätze sowohl für die Bezahlung der eingeführten Milch, als auch für die Verteilungskosten und für den Wiederverkaufspreis festgesetzt hat, die privatrechtliche Abwicklung des Milchgeschäfts aber in den Händen der Beauftragten geblieben ist — diese Regelung und den Erfolg dieser bezüglicher gemeindlicher Verordnungen ist der Minister künftig nicht mehr in der Lage zu genehmigen. Die betreffenden Gemeinden werden sich entschließen müssen, entweder ebenfalls

gemischtwirtschaftliche Unternehmungen unter Beteiligung sowohl der Landwirtschaft als auch des Milchhandels einzurichten, die dann auf privatrechtlicher Grundlage die eingeführte Milch übernehmen und für eigene Rechnung vertreiben,

oder sich aber auf die Konzessionierung des Milchhandels zu beschränken. Aber auch eine Konzipierung der Milchhöfe kann nicht auf die Dauer im Verwaltungswege gesichert werden. Die Zustimmung zu Maßnahmen im Sinne des § 1 kann vielmehr nur noch längstens auf die Dauer eines

Jahres erteilt werden. Die in einzelnen Städten bestehenden, auf gemischtwirtschaftlicher Grundlage beruhenden Milchverordnungs-Gesellschaften werden daher innerhalb dieser Frist befristet sein müssen, das Unternehmen durch wirtschaftlichen Ausbau auf eine so feste Grundlage zu stellen.

daß sie ihre wirtschaftliche Berechtigung erweisen und der Konkurrenz eines etwa außerhalb gebliebenen Milchhandels mit Erfolg begegnen können.

Gleichzeitig erlassen der Minister für Landwirtschaft, der Minister des Innern und der Minister für Handel und Gewerbe Ausführungsanweisungen zu den neuen Milchverordnungen. Darin wird bestimmt, daß Gemeinden, für die das Bedürfnis nach einer Verteilungsregelung vom Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft anerkannt ist, insbesondere anordnen können, daß

a) Milch nur an bestimmte milchbedürftige Gruppen der Bevölkerung (Milchverordnungsberechtigten) und nur in bestimmten Mengen abgegeben werden darf, und daß die Abgabe nur gegen Karten oder Bezugsscheine oder auf Grund einer Kundenliste erfolgen darf,

b) die gesamte eingeführte, der Verteilungsregelung unterliegende Milch bestimmten Erfassungs- und Verteilungsstellen zugeführt und hier einer geeigneten Bearbeitung unterworfen wird.

Für Berlin ist der Preussische Minister für Landwirtschaft, im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bereit, ausnahmsweise eine Fortführung der bisherigen Art der Regelung bis zum 31. August zu genehmigen. Bis dahin muß aber auch die Umstellung in einen gemischtwirtschaftlichen Betrieb erfolgt sein.

Inzwischen sind in Berlin bereits Verhandlungen mit der Organisation der Berliner Milchhändler geführt, die nach unserer Informationen ausreicht zu sein scheinen. Die Ernährungsdeputation ist für Montag vormittag zu einer Sitzung einberufen, in der es hoffentlich gehen wird, die Frage endgültig zu regeln. Es wird dann voraussichtlich für Berlin eine gemischtwirtschaftliche Organisation geschaffen, die es übernimmt, die gesamte Milch für Berlin einzuführen, ihre Bearbeitung zu übernehmen, so daß die hygienisch einwandfreie Beschaffung der zur Verteilung kommenden Milch garantiert bleibt und ferner eine gleichmäßige Verteilung der Milch über ganz Berlin sicher zu stellen. Es würde dann auch bei einer einheitlichen Preisregelung wie bisher verbleiben. Bisherlich sind die Angriffe, die ein Teil der Reichspresse gegen das Milchamt und den Magistrat gerichtet hat, weil beide Stellen sich pflichtgemäß angeht der ungeheuren gesundheitlichen Bedeutung dieser Fragen für die ganze Bevölkerung um eine Regelung bemüht haben, die den Bedürfnissen der Konsumenten gerecht wird. Ein Teil dieser Presse — wir nennen nur den „Tag“ — lebt schließlich in kommunalen Dingen ja nur von Angriffen gegen den Magistrat, die auch dann erhoben werden, wenn ihre Lächerlichkeit offensichtlich ist. Es ist vielmehr dringend zu hoffen, daß der Rückzug, den der Ernährungsminister der Sache nach ergetreten hat, benutzt wird, um ein großes Uebel in der Milchversorgung der Großstadt zu verhindern.

Wodka zu den Krügen einer Salontapelle schlürfen. Ueberhaupt fehlt es nicht an Zerstörungen der mannigfaltigsten Art. Man trifft überall Gartenlokale mit Musik bei freiem Eintritt, und die Jugend hat an den mannigfaltigsten Stellen Gelegenheit, das Tanzbein zu schwingen. Allerdings kommt es wohl vor, daß einzelne Gastwirte, wie das ja auch sonst in der Welt der Fall zu sein pflegt, zu hohe Preise, namentlich für Milch, sich bezogen lassen. Hier hilft nur ein Mittel, sofortige Anzeige bei der Wucherpolizei. Jedenfalls aber täte man unrecht, sich durch diese dann und wann auftretenden Uebelstände von dem Besuch der wirklich wunderbaren Sommerfrische Grunewald abhalten zu lassen!

Rachschiff der Retaktion! Uns war natürlich die Sommerfrische Grunewald sehr wohl bekannt. Aber der Einsender hat durchaus recht, wenn er auf sie mit lobenden Worten aufmerksam macht. Viele glauben Heiden zu sein, wenn sie mit Berachtung von der Streichholzplanlage sprechen und mittelbig auf die herabbliden, die nicht irgendwohin an die See oder in das Gebirge gondeln können. Die anderen aber, und das ist die Mehrzahl, sollten sich an derartige dumme Redensarten nicht kehren, sondern in ihrer Ferien in den Grunewald wandern und sie werden finden, daß auch ihnen ohne große Gedausgaben Erholung und Aufatmen vom grauen, schwarzen Arbeitstag beschert wurden.

Ein Geschäft durch „Abziehen“.

Wie das Brot verteuert werden soll!

Wie uns aus parteigenösslichen Bäckerkreisen mitgeteilt wird, planen die Bäcker, am Anfang der nächsten Woche eine allgemeine Brotpreiserhöhung vorzunehmen, und zwar wollen sie diese Angelegenheit so geschickt wie möglich regeln. Wenn der Verbraucher den Bäckerladen betritt und ein Brot verlangt, so soll er nicht etwa mehr bezahlen. Nein, er erhält nach wie vor für 50 deutsche Rentenpfennige dieses überaus wichtige Nahrungsmittel. Wenn er aber das Brot nachwiegt, so soll er feststellen können, daß hier etwas faul ist im Staate Dänemark. Doch bald beruhigt sich sein Gewissen und er sagt sich, daß auch der Bäcker nur ein Mensch ist, und Menschen irren oft leicht. Aber schon beim nächsten Broteinkauf und beim nächsten Nachwiegen muß der Käufer feststellen, daß das „Arren“ des biederen Bäckermeisters um einen schon recht bedeutlichen Schritt weiter geht als am Anfang der Woche. Bekann damals 50 Gramm, so stellt er jetzt fest, daß das bisher übliche Brotpfennig ein Minus von — 100 Gramm aufweist. Wieder wird er sein Gewissen zu beruhigen versuchen und wartet abermals den nächsten Broteinkauf ab, wobei er sich dann überzeugen muß, daß nicht 50 oder 100, sondern 200 Gramm Brot und noch darüber fehlen. Und die Erklärung des Bäckers zu diesem Vorgehen: Sie können für 50 Pfennige nicht mehr das alte Gewicht liefern, da der Mehlpfeiler gestiegen ist. Diese Erklärung ist, wie uns auch parteigenössliche Bäcker bestätigen, mehr als lendenlahm und entbehrt jeder geringsten Stichhaltigkeit. Als Ende Januar 1924 der Brotpreis auf 50 Pf. festgelegt wurde, betrug der offizielle Höchstnotierungspreis für Mehl 23,50 Mark. Seit einigen Tagen ist nun ein leises Anziehen des Mehlpfeilers zu verzeichnen, so daß der Höchstnotierungspreis jetzt 24,50 Mark beträgt. Also weil der Doppelzentner Mehl um eine Mark gestiegen ist und somit der Preis für ein Pfund sich um 1/2 Pf. erhöht hat, glaubt man das Rohgewicht des Brotes um ein halbes Pfund Teig — 225 Gramm Trockengewicht verringern zu müssen. Zu diesem geplanten mehr als struppeligen Vorgehen lohnt es sich noch, die Tatsache zu erwähnen, daß, als der Notierungspreis weit unter 23,50 Mark betrug — und das war wochenlang der Fall —, diese Herrschaften nicht im geringsten daran dachten, auch das Brot zu verbilligen. Im Gegenteil, sie stellten ruhig die immerhin nicht geringen Gewinne ein und verlangten nach wie vor 50 Pf. für ein Brot. Jetzt aber, wo der Doppelzentner im Höchstfalle um eine Mark sich verteuert, scheuen sie sich nicht, dem Verbraucher 225 Gramm Brot einfach „ab zu ziehen“ und machen bei diesem „Abziehen“ wieder noch ein Geschäft, wie das Nachrechnen leicht ergibt. Hier hilft nur eine strenge Selbsthilfe der Konsumenten! Laßt Euch jedes Brot vorwiegen oder tut es selbst. Sind es nicht die vorgeschriebenen 1800 Gramm, so tretet den Weg zur Konsumentengenossenschaft an, die zwar auch nur mit Wasser baden kann, aber immerhin billiger ist als der Bäckermeister. Augenblicklich liefert die Konsumentengenossenschaft ein 1800 Gramm schweres Brot für 45 Pfennige.

Der Inspektormord bei Bernau.

Ein Lokalkriminal an der Wegkreuzung.

In dem Ermittlungsverfahren wegen der Ermordung des 23jährigen Gutsinspektors Sigismund Paschke aus Bernau fand am Tatort eine Lokalbeseitigung statt. Trotzdem der Termin möglichst geheim gehalten worden war, hatte sich die Tatsache wie ein Lauffeuer in der Umgebung verbreitet und eine ungeheure Menschenmenge erwartete an der Wegkreuzung Löhme-Barnide, etwa fünf Kilometer von Bernau entfernt, die Gerichtskommission. Zahlreiche Gendarmereposten nahmen eine Abperrung vor.

Die drei in Haft befindlichen Täter, zwei Brüder Wallat und der Arbeiter Albert Wesner, wurden schwer gefesselt von Gefängnisbeamten von der Briesener Bahn über Seefeld zum Tatort geführt. Der Hauptangeklagte Karl Wallat war seelisch völlig zusammengebrochen und brach am Orte seiner Bluttat in bitteren Schreien aus. Bemerkenswert war, daß wenige Tage vorher die Mutter des Getöteten an der Stelle, an der ihr Sohn ein gewaltsames Ende gefunden hatte, an dessen Beerdigung ein großes Laubkreuz aufgerichtet hatte, das nach umhergefallen und in dessen Anblick sich die Gerichtsbeamten abspiegelte. Dem Lokalkriminal wohnte der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Krüger vom Landgericht III, der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Frey, Kriminalkommissar Geißel und Kriminalassistent Erdmann bei. Dem letzteren fiel die Rolle zu, den Gutsinspektor Paschke zu markieren. Die Angeklagten hatten behauptet, daß sie von Paschke beim Getreidediebstahl überredet und selbigenmitten worden seien. Ihrer Bitte um Freilassung habe Paschke nicht entsprochen und er habe, als sie sich gewaltsam freimachen wollten, auf sie geschossen. Sie juchten im Gegenlag zur Anklage, die auf Mord lautete, ihre Tat vom 20. November v. J. als eine Affektthatlung hinzustellen. Durch die Schüsse Paschkes und ihre dadurch verursachten Verletzungen seien sie beratt in Wut geraten, daß sie über Paschke hergefallen seien. Karl Wallat habe ihn mit einem Knüttel niedergeschlagen und dann noch einen Freidienst von der Chauße ausgenommen und Paschke damit den Schädel zertrümmert. Zunächst wurden auf Antrag des Verteidigers den Angeklagten am Tatort die Fesseln abgenommen. Die Augenabnahme ging so vor sich, daß die Schüsse des Paschke auf die Täter durch Patronen markiert wurden, die an den betreffenden Stellen, wo die Angeklagten getroffen waren, auf die Erde gelegt wurden. Die Angeklagten mühten auch die Wertpapiere der Einschüsse vorzeigen, die sie erlitten hatten. Karl Wallat war zweimal, die anderen einmal getroffen worden. Auch der Steinhausen am Chaußeegraben, von dem Karl Wallat den Stein genommen hatte, war noch vorhanden. Die Wirkung des Schusses war demartig fürchterlich gewesen, daß Paschkes Schädel vollkommen plattegedrückt worden war. Die Ortsangehörigen und Nachbarn des

Getöteten bekundeten auf Befragen des Verteidigers, daß Paschke ein Mann gewesen sei, der sehr schneidig auftrat und leicht schob. Nach der Befichtigung fand die Vernehmung der Beschuldigten und einer Reihe von Zeugen auf dem Gutshof von Löhme statt.

Einer, der die Sprache „verloren“ hatte.

Im Gerichtssaal fand er sie wieder.

Zwei Jahre lang hatte der Arbeiter Schneider den Lautstimmungen gespielt. Solange sah er nämlich schon im Zuchthaus in Brandenburg, um eine siebenjährige Strafe zu verbüßen. Die Gefängnisverwaltung hatte alle Mittel angewendet, um den Häftling zum Sprechen zu bringen. Schneider hatte aber keine Rolle mit solchem Geschick weitergespielt, daß der Arzt des Zuchthaus Dr. Schneider nicht entscheiden konnte, ob es sich um Simulation oder einen hysterischen Anfall handelte. Der Angeklagte Schneider war gestern aus dem Zuchthaus dem Schöffengericht Schöneberg vorgeführt worden, um sich zusammen mit zwei anderen, Groß und Riechall wegen eines im Juli 1922 verübten Einbruchdiebstahls zu verantworten. Auch vor Gericht spielte er den Lautstimmenden weiter und suchte sich nur durch Gebärden und wie im Zuchthaus durch Niederstimmigkeiten verständlich zu machen. Der Vorsitzende Landgerichtsrat Schenk redete dem Angeklagten ernstlich zu, die Komödie fallen zu lassen. Es habe doch keinen Zweck und es sei für ihn besser, wenn er frei und offen spreche. Auf einen Zettel schrieb schließlich Schneider nieder, daß er sprechen könne und werde, wenn man ihm verspreche, daß er ruhig angehört werde. Nachdem ihm diese Zusicherung gegeben war, öffnete er den Mund und sprach mit einemmal mit lauter und klarer Stimme und fließender Rede. Den Einbruch schob er auf die beiden Mitangeklagten. Diese hätten nachts in der Wohnung des auf Reisen befindlichen Diplomingenieurs Hirsch in der Wartburgstraße den Einbruch verübt und sämtliche Leib-, Haus- und Tischwäsche, sowie Garderobe des Wohnungsinhabers gestohlen. Er behauptete, daß die beiden andern ihn dann veranlaßt hätten, mit ihnen der Wohnung noch einen zweiten Besuch abzustatten. Nur zum Schein sei er mitgegangen, er habe die Absicht gehabt, die Sache zur Anzeige zu bringen, da er gekloppt habe, auf diese Weise für eine Reststrafe Bognadigung zu erhalten. Die beiden anderen Angeklagten bestritten alles. Das Gericht nahm jedoch an, daß Schneider ebenfalls an dem Einbruch beteiligt war und verurteilte ihn ebenso wie Groß zu je zweieinhalb Jahren Zuchthaus.

Das Rundfunkprogramm.

Sonntag, den 19. Juli.

Tagesschau. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht. 5.30—7 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). 7.30 Uhr abends: Vortrag der Frau Frieda Baumgarten: „Jetzt einkeuchen!“ Ratschläge für die Küche. 9—10 Uhr abends: Konzert des Berliner Mandolin- und Lautenorchesters e. V., gegr. 1888, und des Mandolinclubs Sonate, gegr. 1907. (Dirigent: Karl Henze). 1. Vorspiel zu „König Manfred“, Karl Reinecke. 2. Rose di maggio (Mairböcher), Serenada, Carlo Rossi. 3. Ouverture zu „Orpheus in der Unterwelt“, Offenbach. 4. Loin du bal (Waltzintermezzo), Ernest Gillet. 5. Rigolotto-Fantasia, G. Verdi. 6. a) Deutsches Volkslied: „Aus der Jugendzeit“, R. Radecke. b) Spanisches Volkslied: „La bella colomba“ (Die schöne Taube). 7. Schmeicheltrechen (Charakterstück, Eilenburg). 8. Kapitan, italienischer Reitermarsch, V. Gagarra. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst. 10.15—11 Uhr abends: Tanzmusik.

haus. Riechall, der nach dem Gutachten des von Rechtsanwalt Dr. Wendel geladenen Sachverständigen Medizinalrat Dr. Thiele ein schwerer Phosphorath und minderwertiger Mensch ist, erhielt ein Jahr Gefängnis unter Anrechnung von sechs Monaten Untersuchungshaft.

Inflations-Falschmünzer.

Scharfes Vorgehen der Gerichte.

Mit ungemeiner Schärfe gehen die Berliner Gerichte jetzt gegen die Falschmünzerbanden und die Verbreiter von Falschgeld vor. Die geradezu lächerlich primitive Technik der meisten dazu noch überhafter hergestellten Noten und Ersatznoten der Inflationsperiode forderten allerdings mitunter geradezu zu einer Falschung heraus. Wiedermum stand gestern eine siebenköpfige Falschmünzerbande vor dem erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte, dessen Vorsitz Landgerichtsdirektor Heipfel führte, unter Anklage.

Der harrlose Johannes Winger hatte sich mit dem Techniker Erwin Schulze zusammengesetzt und in der Wohnung der Eltern des Schulze in der Markussstraße 3, Anfang 1920 die Herstellung von 400 Stabdollars begonnen. Mit dem ersten Geld lösten sie sich dann die nötigen Werkzeuge an, um den Betrieb fabrikmäßig durchzuführen. Der Reihe nach wurden in großen Mengen Preußen-Dollars, Zehnbillionenscheine der Reichsbahn, Fünfbillionenscheine und Schapanweilungen hergestellt. Sobald in den Zeitungen eine Warnung und Beschreibung einer Falschgeldnote veröffentlicht wurde, stellten sie den Betrieb ein und gingen zur Fabrikation einer anderen Geldnote über. Als sich die beiden Geschäftsfreunde verfeindet hatten, setzte jeder von ihnen auf eigene Rechnung das Geschäft fort. Winger tat sich mit dem Ruscher Erich Richter zusammen und Schulze mit dem Kaufmann Max Brauns. Das Schöffengericht verurteilte die Angeklagten Winger und Schulze zu je vier Jahren, Richter zu drei Jahren und Brauns zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus. Zwei Mitbeteiligte, Schubert und Hirschfeld, wurden zu je 1 Jahr Gefängnis, Meta Schubert zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Wider davon kamen die Verbreiter von Falschgeld vor dem erweiterten Schöffengericht Oranienburg. Hier waren der Kaufmann Steinberg, der Schlosser Große-Rodemann und einer Frau Wolke angeklagt, in Billionen ungefähre Millionencheine in Oranienburger Konstruktionsmaschinen umgesetzt zu haben. Die Angeklagten, die sämtlich in Berlin wohnen, waren gemeinsam mit der Bororibahn nach Oranienburg gefahren. Dort verführten sie nach folgendem Plan: Einer von ihnen ging in ein Geschäft und kaufte eine Kleinigkeit, die er mit einem falschen Scheine bezahlte. Wenn die Verkäuferin Bedenken hatte, trat der Komplize gleich darauf ebenfalls in den Laden als Käufer in Erscheinung und versicherte auf die Frage des anderen, ob der Schein nicht echt sei, daß derartige Scheine seit längerer Zeit in Umlauf seien. Eine Verkäuferin faßte jedoch Verdacht und folgte den beiden Männern. Als sie sah, daß die beiden auf der Straße freundschaftlich miteinander sprachen und zusammen weitergingen, ließ sie sie festnehmen. Das Gericht verurteilte Steinberg und Große-Rodemann zu je 1 1/2 Jahren Gefängnis, die Ehefrau Wolke erhielt fünf Monate Gefängnis und wurde aus der Haft entlassen, da die Strafe als verübt erachtet wurde.

Milchpreise. Auf Grund der mit dem Berliner Milchverkehr Beteiligten getroffenen Vereinbarung betragen für den Bezirk der Stadt Berlin ab 19. Juli 1924 die Preise für Vollmilch bei Abgabe der Milch vom Kleinbändler an den Verbraucher 31 Pf., bei Abgabe der Milch aus Kuhställen an den Verbraucher 34 Pf. Für Magermilch 9 Pf. Die A-Milcharten werden mit 1/2 Liter, die B-Milcharten sowie die Karten für werdende Mütter (C-Karten) mit 1/2 Liter Vollmilch beliefert.

Nachflüge Stockholm - Zürich.
Beginn am 24. Juli.

Am Donnerstag, den 24. Juli, wird der regelmäßige Nachtluftverkehr Berlin-Stockholm eröffnet werden. Am 1. Juli beginnen bereits die Probeflüge. Für den Betrieb auf dieser ersten deutschen Nachtluftverkehrsstraße werden Junkers Kurierflugzeuge, es handelt sich dabei um offene zweiflügelige Wasserflugmaschinen, verwendet werden. Diese Flugzeuge sind nur für die Beförderung von Post und Fracht bestimmt. Besondere Sorgfalt hat man auf die Beförderung der Nachtluftverkehrsstraße gelegt, um den Führern jederzeit die Orientierung zu ermöglichen. Es werden Orientierungslichter und Leuchtzeichen aufgestellt, die aus einer größeren Anzahl hochleuchtiger Lampen bestehen und in charakteristischer Form (Kreuz, Dreieck, Kreis usw.) an den wichtigsten Stellen errichtet werden, u. a. in der Gegend von Krammen, Müritzersee, Köbel und Lange. Außer diesen Zeichen werden auf der Landstraße Berlin-Barnemünde eine Anzahl Rotlichterhäfen eingerichtet, damit die Flugzeuge bei plötzlichem Nebel oder aus technischen Gründen jederzeit landen können. Diese Häfen erhalten ebenfalls Speziallichter sowie Scheinwerfer. Für die Seefahrt sind Warnmündel-Kariskronen-Stockholm dienen zur Orientierung die Schiffsleuchtzeichen. — Im Zusammenhang mit der Einrichtung dieses Nachtluftverkehrs zwischen Stockholm und Berlin wird voraussichtlich ab übernächster Woche die Wiederaufnahme des Flugverkehrs auf der Linie Berlin-Leipzig-Fürth erfolgen und damit für die von Stockholm kommende Post in Fürth Anschluss an die Flugtrassen nach Frankfurt am Main, München, Wien, Budapest und Zürich geschaffen.

Die Bedeutung dieser Anschlussverbindung an den Nachtluftverkehr geht aus der Tatsache hervor, daß die um 9 Uhr abends von Stockholm durch Luftpost abgehenden Briefe bereits um 3 Uhr nachmittags des nächsten Tages in Zürich sind, daß also die abends in Schweden zur Beförderung ausgegebene Geschäftsbriefe nach genau 24 Stunden im Besitz der Empfänger in Zürich oder auch in Wien sein wird und umgekehrt. Eine Passagierbeförderung Warnmündel-Stockholm und umgekehrt kommt vorläufig nicht in Frage, dagegen werden am Tage auf der Strecke Berlin-Barnemünde Passagiere in den normalen schiffsähnlichen Junkers-Verkehrsmaschinen befördert. Diese Tagesstrecke ist zur Unterstützung der Nachtflugorganisation gedacht. Der Flugpreis Berlin-Barnemünde beträgt 60 Goldmark pro Person, der Frachtpreis auf der Nachtflugstrecke Berlin-Stockholm 10 Mark pro Kilogramm.

Freien Eintritt in das Freibad Wannsee gewährt die städtische Fortbewahrung geschlossenen Schulklassen, die in Begleitung ihrer Lehrpersonen sind.

Massenvergiftung in einer Lungenheilstätte.
Insgesamt 228 Personen erkrankt.

In den Dr. Brehmerschen Lungenheilstätten in Görbersdorf in Schlesien sind in den letzten Tagen schwere Erkrankungen unter vergiftungsartigen Erscheinungen vorgekommen. Der Oberarzt der Anstalt ist bereits an den Folgen der Vergiftung gestorben. Von der Erkrankung sind bis jetzt insgesamt 228 Personen betroffen worden, davon 190 Kranke und 38 Angestellte und Klerge. Den Patienten und den gesamten Anstaltspersonal war am vergangenen Samstag eine Erdbeerspeise als Nachtisch gereicht worden. Kurz danach erkrankten die ersten Patienten. Die Speise war während der Nacht in Kühlräumen untergebracht worden. Inzwischen scheinen Bazillenträger und zwar ähnliche, wie sie bei Fleisch- und Wursterkrankungen in Frage kommen, in die Erdbeerspeise eingebrungen zu sein.

Erdbeben in Mittelasien.

Das Erdbeben vom 12. Juli, das auch von den Seismographenstationen in Westeuropa registriert worden ist, hat im Gebiet von Ferghane im östlichen Turkestan erheblichen Schaden angerichtet, und zwar in vier Dörfern des Kreises Andischan, die teilweise zerstört wurden, wobei drei Personen ums Leben kamen. Am 18. Juli wurde Taschkent durch ein leichtes Erdbeben beunruhigt, welches fast gar keinen Schaden anrichtete, aber durch das die Bodenschwankung begleitende unterirdische Geräusche eine Panik bei der Bevölkerung hervorrief.

Ein Todesurteil.

Das große Schöffengericht in Freiburg verurteilte den Doppelmörder Hunderipfend zweimal zum Tode. Hunderipfend hat im Herbst vorigen Jahres ein Ehepaar Klopner in Saig bei Titisee ermordet. sich in den Besitz des Anwesens der Ermordeten gesetzt und dort längere Zeit mit seiner Braut gewohnt. Als das Verbrechen rührbar wurde, flüchtete Hunderipfend und konnte erst nach längerer Zeit in der Fremde d. l. g. entdeckt werden, von wo er von den Franzosen ausgeliefert wurde.

Flugzeugkatastrophe bei Warschau. Auf der Strecke Warschau-Prag-Straßburg-Paris hat sich bei Warschau am Donnerstag eine Flugzeugkatastrophe ereignet, bei der zwei Franzosen den Tod fanden. Der Aeroplan stürzte auf ein Kartoffelfeld und begrub die Flieger unter sich. Wegen der

nötigen Zertrümmerung des Apparates ließ sich die Ursache der Katastrophe nicht feststellen.

Die Unterschlagung bei der Reichsbankstelle Frankfurt. In der Angelegenheit der Unterschlagung bei der Reichsbankstelle in Frankfurt a. M. wurde außer dem Reichsbankrat Leonhardt auch der freie Makler Max Kaufmann verhaftet. Nach den bisherigen Feststellungen belaufen sich die Unterschlagungen auf etwa 425000 Mark, die durch Sicherheit von Vermögenswerten der beiden Verhafteten größtenteils gedeckt sein sollen.

Tribünenentwurf bei einer Autoerankung. Bei der Autoerankung für Motorräder und Automobile stürzte in Köln dicht beim Ziel in Niedeggen infolge des Sturmes eine Rebentribüne ein. Das Dach wurde heruntergeweht und ein abfallender Balken traf ein jenseits der Straße stehendes Zuschauerauto so schwer, daß einer der Insassen, ein Rittergutsbesitzer, John Kappes aus Bären sofort tot war.

Ein Stauwerk an der Saar. Die Ausschreibungen zu dem geplanten Bau eines großen Stauwerkes an der Saar sind nunmehr ergangen. Die Vorarbeiten sind soweit fortgeschritten, daß mit dem Bau unverzüglich begonnen werden kann. Das Werk soll nicht, wie anfänglich vorgesehen, 20 Millionen, sondern 33 Millionen Kilowattstunden Strom liefern.

Der vermifchte englische Weltflieger gefunden. Die Reuter berichtet, ist der englische Weltflieger in einer Bucht an der Westküste der Insel Druppu (Japan) wohlbehalten aufgefunden worden.

Die Ueberschwemmungskatastrophe in China. Nach einer Journalmeldung aus Peking sind die Flüsse in China stark angeschwollen und über die Ufer getreten. Mehrere Provinzen sind überschwemmt, Tausende von Personen in den Fluten umgekommen und hunderte von Dörfern zerstört.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Sonnabend, den 19. Juli:

Reichenbach: Radwanderung: Rosen-Wöden. Treffpunkt 10 Uhr vorm. beim Reichenbach. — Reichenbach: Radwanderung: Reichenbach. Treffpunkt nachm. 3 Uhr Bahnhof Reichenbach. — Reichenbach: Radwanderung: Reichenbach. Treffpunkt 6 und 8 Uhr Bahnhof Reichenbach.

Morgen, Sonntag, den 20. Juli:

Reichenbach: Wanderung: Reichenbach. Treffpunkt 6.37 Uhr Bahnhof Reichenbach. — Reichenbach: Wanderung: Reichenbach. Treffpunkt 8 Uhr Bahnhof Reichenbach. — Reichenbach: Wanderung: Reichenbach. Treffpunkt 9.45 Uhr Bahnhof Reichenbach. — Reichenbach: Wanderung: Reichenbach. Treffpunkt 11 Uhr Bahnhof Reichenbach. — Reichenbach: Wanderung: Reichenbach. Treffpunkt 11 Uhr Bahnhof Reichenbach.

Gewinnliste

23. Preussisch-Süddeutschen (249. Preuss.) Klassen-Lotterie

Klasse	17. Juli 1924	Nachtrag
5. Klasse	17. Juli 1924	Nachtrag
2. Klasse	2 Gewinne zu 10 000 RM 111612 277612	
3. Klasse	6 Gewinne zu 5 000 RM 4712 28074 115512 153212 187074 274512	
4. Klasse	9 Gewinne zu 3 000 RM 21812 101212 115774 145112 178474 213012 214312 238474 240812	
5. Klasse	13 Gewinne zu 2 000 RM 22074 47512 61312 88874 110812 122912 138374 148012 164174 209374 271512 285312 294574	
6. Klasse	13 Gewinne zu 1 000 RM 36012 81812 95412 120274 134974 151974 163374 172412 175474 180612 260012 284174 285212	
7. Klasse	43 Gewinne zu 500 RM 1712 14412 31274 29512 80512 36474 48874 62474 70312 84074 88274 100912 101712 115074 120474 135074 140874 142712 145474 148012 147874 151512 153712 154874 155074 162312 164274 178074 177612 178712 180212 180712 209974 212274 222674 234474 237274 238012 253312 271712 284274 286374	
8. Klasse	93 Gewinne zu 200 RM 6812 7612 12074 15112 20312 28812 31512 31574 38012 48812 52012 58174 59712 60174 60474 60174 67812 72374 72074 74612 74712 77412 78174 70012 80012 88374 87274 87312 101274 95312 98412 98074 96774 101174 102012 105212 106074 106074 109512 112774 113812 119012 118312 118412 118012 127112 138474 137012 137812 146674 149912 144012 145912 167712 169412 167074 175312 178812 178812 180012 180312 190012 190112 190974 197274 197812 200574 201874 207074 207012 211774 215874 217412 218174 220212 235012 238174 239374 231612 232074 238874 241574 250474 250912 251774 253074 259074 262212 262312 266374 272074 273774 281474 281674 282912 284674 281812 282612	
9. Klasse	217 Gewinne zu 100 RM 6474 8074 8112 10312 11012 13012 17112 17212 17412 18512 19174 23974 24074 24774 24612 27612 28874 30074 30074 30712 32474 32874 33412 34074 35074 35912 36074 38212 38712 41712 48012 48412 48474 48712 48874 51812 52412 53074 54212 55912 57312 57374 58074 60312 60412 64474 64774 65074 69112 70074 70612 70974 72174 73674 78712 78812 80174 82412 83074 88712 89074 89312 95474 94212 94474 96712 98774 99012 99374 98874 98374 99812 100674 101012 103312 107612 109012 113412 114012 114812 118074 118012 117874 119012 119974 121612 121774 122274 123874 123874 123874 123812 128712 128712 132374 133112 133312 133412 133874 139812 141174 141974 143974 145074 147812 149074 149812 150712 15074 152274 152674 158074 158074 158012 158074 160774 160974 161874 164374 167612 170074 170174 170612 171374 172912 173974 173012 174374 178874 178812 177974 178612 180712 180712 183374 183374 190874 200212 200274 201712 203074 203074 203074 209012 210274 211074 211712 224012 225174 225574 229712 230612 231674 232374 233574 234174 234412 234412 234274 239074 239812 237212 241812 242012 243412 244274 247674 247712 248374 248374 248312 252274 252274 252974 255412 255812 257912 260474 260512 264412 265074 265874 267374 268312 269512 270412 270612 271274 271274 273774 274474 275374 277112 277412 278074 280212 281312 283712 285174 285874 287012 287274 290274 291074 295174 296174 297774 298474 299212 299374	

Theater, Lichtspiele usw.

Volkshaus
7 1/2 Uhr
D. Kreuzschreiber
Sohn des / Karl Elmer
Liebhaber / Ein Lied
Klein / Ein Lied

Große Volkseoper im Theater des Westens
7 1/2 Uhr: **Mignon**
(Sommerpreise)

Staats-Theater
Opernhaus
am Königsplatz
Täglich 7 1/2 Uhr:
Polenblut

Deutsches Theater
Sommerplatz
Sitzplätze: 100 und 500
Tägl. 8 Uhr:
Waldalberte, Max Lande

Clubleute
Kammerspiele
Sommerplatz
Sitzplätze: 100 und 500
Tägl. 8 Uhr:
Georg Alexander
in **Kümmelblüthen**
Th. L. Admiraal
8 1/2 Uhr: In der 6. Jahrs
11 Monate
erzähler, auf dem Spielplan
ist die große Revue
Drunter und drüber

Intimes Th. 8 U.
Besuch im Bett etc
Ab 72. 7. Gastspiel

Metropol-Th.
8 U. D. Weitschlag
Mascottchen

Trippel 8 Uhr:
Doktor Stiegitz
F. Lobe / P. Morgan

Trippel-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Anatol
Lustsp. v. Schnitzler
Gutschein
bis 22. Juli
1-4 Personen
50% Ermäßigung

Residenz-Th.
u. Leg. Alfr. Belleric
Tägl. 8 Uhr:
Hinkemann
Gutschein
bis 22. Juli
1-4 Personen
50% Ermäßigung

2 Volkstage
Eintritt 50 Pfg.
Gr. Konzert der Universität-Kapelle
Leitung: Kapellm. Wenzig jun.
Feuerwerk / Voller Betrieb
mit sämtl. Sensationen u. Attraktionen

Rennen zu Grunewald
Sonnabend, den 19. Juli
nachm. 3 Uhr

Saison-Ausverkauf

in allen Abteilungen

Preise zum Teil um 20-66 2/3 % herabgesetzt

Nur noch 2 Tage

P. RADDATZ & CO

Leipziger Straße 122-123.

SCHLOSS TIEFURT

Der Name: Ein Kulturträger.

DIE SCHLOSS TIEFURT ZIGARETTE: Höchste Kultur.

WITTUM 1 7 8 5
mit Gold mit Gold

5x 10x

EDLE VON TIEFURT
ohne Mundst. Handarbeit

20x

Rose-Theater
8: Die blonden Mädchen vom Lindenhof
Gartenbühne 7 1/2
Durch Dick u. Dünn

Reichshallen-Theater
Täglich 8 Uhr:
Dresdener Viktoria-Sänger

Dönhoff-Brettel
Amf. 7 1/2, Sonn. 8 U.
Gr. Varieté-Prgr

Marken-Zigaretten
billig bei
Herschdörfer
Rosenthaler Str. 50

Wanzen
Motten x Brut
kann jeder töten!
In wenigen Stunden ohne Risiko,
ohne Geld oder Zeitverlust unter
Garantie radikal beseitigen, selbst da, wo alle anderen
Mittel versagt. — Vorrätig in Drogerien. — Warnung
vor minderwertigen Nachahmungen.

Linksol-Gas
Zimmerpflanzen
jeder Art
jetzt preiswert
Paul Gollez,
normaler talent. Neu,
Marlannenstr. 3,
10000 Berlin

Vorwärts-Inserate
verbürgen Erfolg!

Schwaben
Seit 33 Jahren als stärkstes Radikalmittel berühmt!
vertilgt restlos Reichels
Poudre Martial, Pack. 0,60,
1,20, 2,40, Pfd. 5,25. In Drogerien
erhältl. aber echt nur m. Marke

Tod u. Teufel
Fernsprecher:
Moritzpl. 4751-53

JOE LOE 24

Ein Posten
Metall-Stiefel-
spanner für Damen
und Herren
verstell-
bar
75
Paar Pf.

Ein Posten
Baby-Schuhe
in verschiedenen Lederarten
und Ausführungen
65
Paar Pf.

Enorm billig!
Elegante Damen-
Halbschuhe
in Schwarz, mit Spange und
Pumps, schöne Paar zum
moderne Form jetzt Ausrufen.
5⁹⁰
Größen
35 bis 41

Ein Posten
Damen- u. Herren-
Stiefel und
Halbschuhe
gute Qualitäten, assort. Größen
10⁵⁰
Paar

Ein Posten
Damen-
Halbschuhe
elegante Ausführung, in verschied.
Lederart. u. Ausführungen, Wiener
u. deutsche Fabrikate, jetzt Paar
unsortierte Größen
11⁹⁰

BEGINN 1. JULI
SAISON
AUSVERKAUF

Verkauf nur soweit Vorrat Mengenabgabe vorbehalten
Nur noch 2 Tage

Kunstseid. Trikotkleid in vielen Farben **17⁷⁵**

Jabotbluse aus Vollvoile, mit langen Ärmeln und Bubikragen **6⁷⁵**
Waschunterrock aus gestreiftem Stoff, in guter Ausführung **2⁹⁰**
Vollvoile-Bluse mit langen Ärmeln, bedeutend unter Preis **9⁷⁵**
Unterkleid aus gutem kunstseidenen Trikot, in grossem Farbensortiment **9⁷⁵**

Sportmütze für Herren in guter Ausführung **2²⁵**
Ein Posten **Herrenhüte** z. T. mit kleinen Fehlern, in schönen Formen u. Farben **3²⁵**
Sporthemd Panama, mit 1 Kragen, vorzügliche Qualität **6⁵⁰**

Sportwesten für Damen und Herren **6⁹⁰ 11⁵⁰**
Herrmann Tietz
Leipziger Strasse Alexanderplatz Frankfurter Allee
Handschuhe für Damen, Leinen-Imitation, 3 Druckknöpfe **65,95** P.

Ein Posten
Breeches-
Hosen
früher bis 27,00
7⁷⁵
Jetzt

Sakko-
Anzüge
aus gemusterten haltbaren
Cheviots und Logenstoffen
48⁰⁰
Jetzt

Sakko-
Anzüge
aus reinwillenen Cheviotstoffen
68⁰⁰
Jetzt

Gabardine-
Mäntel
aus reinw. Stoffen in verschied.
Farben und modernen Formen
jetzt
68⁰⁰ 88⁰⁰

Imprägnierte
Regenmäntel
weisse Schläpferform,
gute Verarbeitung
jetzt **24⁰⁰**

Amtliche Wett-Annahme
des Union-Klubs
Berlin NW. 7, Schadowstraße 8.
Annahme von Wetten für alle Ber-
liner Rennen in der Zentrale,
Schadowstr. 8, in allen Filialen
und bei den größeren Renn-Ver-
einen im Reiche.
Auszahlung der vollen Totalisator-
quoten ohne jeden Abzug.
Schriftliche Aufträge und Aufträge
auf Konto-Einrichtung sind nur an
die Zentrale zu richten.

Blumen für Opfertage
1000: 5, 8, 10, 15 M.
Blum.-Hesse, Dresden

Bauschule Glauchau i. Sa.
Holzbau — Tischbau — Eisenbetonbau
Deutsche Dachdecker-
schule Glauchau i. Sa.
Bestimmungen für den Winter-
unterricht (Beginn 1. Nov.) durch
Die Direktion

Kinderland 1924
Ein Buch für unsere Jungen
und Mädel
Mit reichem Bilderreichtum
verschiedene Räuberleben,
Erzählungen — auch be-
lebendigen Inhalt, schöne
Gedichte machen das Buch
zu einem immer wieder
gern in die Hand genom-
menen Geschenk
Preis 1.— Mark
Zu haben bei allen Zeitungs-
pediteuren und in der
Vorwärts-Druckerei, Lindenstr. 3

2 Mark
wöchentl. Teilzahlung
Eleg. Herren-Garderobe
fertig und nach Maß
Garantie für tadelloser Sitz u. Verarbeitung
Maßschneiderei **J. Kurzberg**
Oranienstraße 160, 1.



Der Pilzsammler: „Pilze sind äußerst nahrhaft, — man sammelt und verkauft sie und legt den Erld in Lebensmitteln an!“
Aus Lachen links Heft 28 Erscheiungstag 18. Juli 1924
Zu beziehen durch
alle Vorwärts-Ausgabestellen und Botenfrauen

Verkäufe
Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Herrenanzüge, Mäntel, prima Quali-
täten, geringe Anzahlung, bequeme Teil-
zahlung. Fuchs u. Co., Smollitzer-
straße 33 I. Gleitsner Bahnhof.
Monatsgarderoben, wenig getragene
Krauts, Smolings Jackettanzüge, Bein-
hosen zu Freizeitspreisen, sowie neue
Anzüge, Tailormäntel im Monats-
garderobehaus, Osnitzerstraße 100 I
(Heinrichsplatz).
Monatsanzüge, getragene, neue,
Gummimäntel, Tailorpaletots, Jackett-
anzüge, Gehrockanzüge verkauft gegen
Auszahlung sportbillig Alexander-
straße 28, hochpartiere, Gesellschafts-
anzüge leihweise.
Arbeitsanzüge, gibt Garderobe,
Wäsche auf Teilzahlung, Neus Adnig-
straße 28.
Monatsanzüge, Frackanzüge, Smolings-
anzüge, Gehrockanzüge, Jackettanzüge,
Gummipaletots, Gummianzüge, Gum-
mimäntel, für jede Figur haltend. Spe-
zialität: Hausanzüge sportbillig, Gal-
vern, Rosenbalerstraße 4, erste Etage.
Belei auf Gesellschafts-Anzügen,
Rosenbalerstraße 4.
Monatsgarderobe kaufen Sie billig in
Sommer's Kleidhaus, Prinzstraße 100;
Anzüge, Paletots, Tailormäntel, Ein-
wams, Sportpelze, Gehrocke, Hüfte
oder Art. Gehrockenstücke in neuer
Garderobe, Teilzahlung gestattet.

Wichtig für Jedermann. Täglich wer-
den verkauft: Kleiderkasten, Berlin
18 Goldmark, Bettstellen, komplett 16
Reisbetten mit Auflegemattchen
22, Rucksäcke, Wäschebetten 18,
Chaiselongues 18, Kommoden 13, Bücher-
spinde, Schreibtische 26, Truhen 20,
Büfets 15, Tische 6, Kücheneinrichtung
45, Speisesimmer, Herksimmer, Schlaf-
zimmer 22, Aufgarnituren, Leder-
Hülfel 65, antike Möbel, Eisenaus-
statt über 500 Stücker. Alles inschlich
möbilia, Stürgards Möbel- und Kom-
modenfabrik, Kreuzauer Straße 14a,
Geschäftszeit bis 6.
Kübelpelze, wie Schöndorfer-
straße 33/34, Hof links, Rahmen-Ruhe,
Kunste-Ruhe, Schlafzimmer, Klei-
derrücken sehr billig.
Kübelpelze, wie Schöndorfer-
straße 33/34, Hof links, Rahmen-Ruhe,
Kunste-Ruhe, Schlafzimmer, Klei-
derrücken sehr billig.
Musikinstrumente
Pianos preiswert, Klaviermacher
Einf. Brunnenstraße 35.
Nur 200.— bis 450.— tolle Preise
Pianos, gebrauchte 200.—, Diana-
engrosshaus, Post, Sandstr. 30, am
Rothbühlendamm.
Fahrräder
Fahrräder, Nähmaschinen, erklaffige
Marken, Teilzahlung, Unversitäts-
straße 3b 2. Etage.
Fahrrad-Veter, Wartenuffelstraße 31,
Einführungspreis: Rennpedale 2,40,
Ketten 2.—, Urmotoren 3.—, Peimo-
schlände 1,40, Reparaturen billig.

Kaufgesuche
Fahrradkauf, Reparaturen, Mon-
teurellstraße 31.
Fahrräder kauft Eichenstraße 19.
Verschiedenes
Gewissenhafte Unterfuchung, Johannes
Sildesheim, Eichenstraße 31.
Geldverkehr
Befehlung jeder Banknote, auch
Wäpfe und Gerberde, Selbstaus
Spiegel, Chausseestraße 7.
Arbeitsmarkt
Wer tauscht mit meiner Beiseitstellung,
auf dem Lande mit Arbeit, Land und
Wohnung, Offerten erbeten an Z. Z.,
Rehlfendorf, Zeitungsstraße 3a.
Stellenangebote
Elektromonteur
mittleren Alters von bedeutendem
Betriebe in Jübbel, Bezirk Berlin
für Kraft- und Lichtinstallation und
Drehstrom-Motor-Reparatur gesucht.
Bewerber muß ein geheimer, un-
süchtiger, ruhig denkender Mensch sein
und über gute Auffassungsgabe ver-
fügen. Offert. mit selbstgefahr Debetel,
Zeugnisabschr. unter V 33 an die
Hauptexpedition des „Vorwärts“.

Tüchtige
Telephonistinnen
jedoch nur solche, die
längere Zeit in selbständigen
Stellungen und großen
kaufmännischen Betrieben
tätig waren, sofort gesucht.
Meldungen zwischen 1-2 Uhr
mittags und 6-7 Uhr abends
Jandorf & Co
Belle-Alliance-Str.
1-2
Besonders
wirksam sind
die KLEINEN
ANZEIGEN im
„Vorwärts“
und trotzdem
billig !!

Landtagsvertretung.

Der Landtag nimmt zunächst ohne Debatte in dritter Beratung einige kleinere Vorlagen an, darunter die Bereitstellung weiterer Geldmittel für die nach dem Gesetz vom 4. August 1904 durchzuführende Verbesserung der Borsfist in der unteren Ober- und über die Verklünderung von Rechtsverordnungen.

Ohne Debatte werden in zweiter Beratung die Etats der Münzverwaltung, des Gesetzsammlungsamts, des Reichs- und Staatsanzeigers, der Oberrechnungskammer, Lotterieverwaltung und Staatschuld angenommen.

Um 12 Uhr ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Leinert schlägt vor, die nächste Sitzung nach den Ferien am 23. September, 1 Uhr nachmittags, abzuhalten.

Auf Antrag des Abg. Hirsch (Soz.), der noch den sozialdemokratischen

Antrag zum Beamtenabbau

zur Erledigung bringen will, wird nach längerer Geschäftsordnungsdebatte eine Vertagung der Sitzung um eine Stunde beschlossen. Abg. Ebersbach (Dnat.) widerspricht der Beratung des sozialdemokratischen Beamten-Antrags. Daraufhin beantragt Abg. Hirsch (Soz.) die Anberaumung einer neuen Sitzung eine Stunde später stattfindenden Sitzung mit neuer Tagesordnung. Abg. Ebersbach (Dnat.) erklärt, seine Freunde würden auch in der neuen Sitzung der Beratung des sozialdemokratischen Antrages widersprechen. Nach Ablehnung verschiedener kommunistischer Anträge zur Tagesordnung erklärt Abg. Hirsch (Soz.), der Abg. Ebersbach schädige durch seinen Widerspruch die Beamteninteressen. Abg. Ebersbach (Dnat.) erwidert, der sozialdemokratische Antrag wolle nicht den Beamteninteressen dienen, sondern den Abbau sozialdemokratischer Bürgermeister verhindern.

Ein kommunistischer Antrag, am Donnerstag, den 24. Juli, eine Sitzung abzuhalten, wird gegen die Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten abgelehnt.

Präsident Leinert legt die nächste Sitzung auf den 23. September, 3 Uhr nachmittags, an und behält sich die Aufstellung der Tagesordnung vor. Schluß 11 Uhr.

Das Preußen-Porzellan.

Der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags für die Porzellanmanufaktur hielt am Freitag nachmittag seine letzte Sitzung vor den Ferien ab. Als Zeuge wurde vernommen der Finanzminister v. Richter.

Der Vorsitzende fragte den Zeugen, wie sich die Verhandlungen zwischen ihm und dem Handelsminister im Zusammenhang mit dem Abschluß des Vertrags mit Dr. Schneider und der Frage der Verletzung des Staatsrechts abgepielt hätten.

Finanzminister v. Richter erklärte, am 4. Mai sei der Vertrag abgeschlossen gewesen; denn auf seinen Einpruch hin habe der Handelsminister ihm am 4. Mai den Abschluß des Vertrags mitgeteilt. Die Besprechungen zwischen ihm und dem Handelsminister habe er (der Finanzminister) immer nur als vorläufige Besprechungen betrachtet, die den eigentlichen offiziellen Verhandlungen vorbereitend vorausgehen sollten. Ich war überrascht, erklärte der Finanzminister, daß der Handelsminister für den Vertragsabschluß nicht die betreffenden Referenten des Ministeriums herangezogen hat. Der Handelsminister hätte sowohl mit dem Referenten wie mit dem Landtag wegen der ganzen Frage engere Fühlung nehmen müssen. Ich war erstaunt, als ich plötzlich den Vertragsentwurf zur Unterschrift zugesandt erhielt. Der Vertrag war unrichtig, wenn der Landtag sein Staatsrecht geltend machte und diese meine Bedenken betonte ich gegenüber dem Handelsminister. Das Verhalten des Handelsministers muß ich für absolut unkollegial und unhöflich erklären.

Ich habe gegenüber dem Handelsminister bei den nach meiner Ansicht nur vorbereitenden Besprechungen zugegeben, daß die Manufaktur ein besseres finanzielles Ergebnis erzielen müsse. Wenn zu diesem Zwecke eine Organisationsänderung möglich war, so war ich damit im allgemeinen einverstanden. Den bisherigen Direktor, Herrn Gohlfte, habe ich bis dahin überhaupt nicht gekannt und ich hatte keine Ahnung, wie es mit seinen Fähigkeiten bestellt ist.

Der Vorsitzende fragt, wann nach der Auffassung des Finanzministers der Handelsminister das Bewußtsein von der Verletzung des Staatsrechts gehabt habe. Der Handelsminister habe erklärt, er habe dieses Bewußtsein nicht auf Grund des Schreibens des Finanzministers, sondern erst später erhalten. Finanzminister v. Richter: Natürlich, der Handelsminister konnte zurzeit meines Schreibens das Bewußtsein von der Staatsrechtsverletzung nicht gehabt haben; denn sonst hätte er sich ja tatsächlich bewußt über das Staatsrecht hinweggesetzt.

Gen. Heilmann: Der Finanzminister betont, der Handelsminister habe mit dem Landtag in der Anstellungsfrage und Umstellungsfrage nicht Fühlung genommen. Erinnert sich der Finanzminister nicht daran, daß Giering am 10. Februar 1923 dem Ausschuss und ebenso am 15. März 1923 dem Plenum vor seinen Absichten Kenntnis gegeben hat?

Finanzminister v. Richter: Ich kann mich daran nicht erinnern; trotzdem hätte sich der Handelsminister vorher der Zustimmung des Landtags versichern müssen.

Gen. Heilmann: Zwischen Mai und Juni fanden mehrere interfraktionelle Sitzungen statt, in welchen die Frage der Staatsrechtsverletzung erörtert wurde. Der Handelsminister hat dabei zunächst diese Verletzung bestritten. Erinnert sich der Herr Finanzminister daran?

Finanzminister v. Richter: Ich erinnere mich, daß in jenen Besprechungen das Zentrum, die Demokraten und auch die Sozialdemokraten die Verletzung des Staatsrechts betonten. Daraufhin wurde der Handelsminister ruhig.

Gen. Heilmann: Ganz richtig, und wenige Tage später kam der Handelsminister und gab zu, daß er das Staatsrecht verletzt habe. — Eine andere Frage, Herr Finanzminister! Sie sollen bei den Besprechungen mit dem Handelsminister gelegentlich gesagt haben, Sie hätten eine Stelle für den bisherigen Direktor Gohlfte; es sei eine Ministerialratsstelle freigelassen worden?

Finanzminister v. Richter bestritt das nicht. Er betont alsdann, er habe bei all den Erörterungen über die Umorganisation es als selbstverständlich gehalten, daß bei aller Rücksichtnahme auf eine kaufmännischere Geschäftsführung doch der künstlerische Charakter der Manufaktur erhalten bleibe.

Gen. Heilmann: Und damit war der Herr Handelsminister einverstanden? Der Finanzminister bejaht das.

Gen. Heilmann: Hat Herr Finanzminister nicht bereits im Februar ein Epitaph Herrn Schneiders über die Umgestaltung erhalten? Der Finanzminister bejaht auch diese Frage.

Damit wurde die Vernehmung des Finanzministers geschlossen; die nächste Sitzung des Untersuchungsausschusses findet am 8. September statt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin C 2, Raiser-Wilhelm-Straße 4 III. Ausschuss: Hedding, Auguststraße, Koppel ebenfalls 7 Uhr in der Schul-, Götterdamm Str. 2. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht. Ortsgruppe: Treptow und Zossen, Treptow, Sonnabend, 19. Juli, ebenfalls 8 Uhr. Treffpunkt: Bahnhof Treptow (Güterbahnhof). Gemeindefarmer: Spiezierspark, Treptow, Sonntag, 20. Juli.

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 = 1)

Table with 3 columns: Date, Index Value, Date. Rows include 7. Januar, 11. Februar, 18. März, 8. April, 15. Mai, 21. Juni, 28. Juni, 5. Juli, 12. Juli, 19. Juli.

Abnahme gegen die Vormoche 3,4 Proz.

Der Rückgang der Lebenshaltungskosten wird vom Statistischen Reichsamt darauf zurückgeführt, daß Gemüse und Kartoffeln sowie Textilwaren billiger geworden sind. Es ist mindestens zweifelhaft, ob dieser Rückgang anhalten wird, da eine Verteuerung des Brotes als Folge der Exportfreigabe für Brotgetreide in nächster Woche bevorsteht.

Konzerne und Wirtschaftsführer.

Es ist immerhin ein fester Fall, wenn der Chef eines großen Finanz- und Industriekonzerne an Hand eines von Sozialisten für Sozialisten geschriebenen Buches über die Konzernbildung sich darüber informiert, daß seine Ueberfremdung droht, daß er diese Gefahr durch das Aufstehen von Oppositionsgruppen in der Generalversammlung eines seiner Werke bestätigt sieht und daraus die notwendige Schlüsse zu ziehen vermag. So ereignete es sich tatsächlich in der Generalversammlung der Ise-Bergbau-A.G., wo der Generaldirektor Rahnenellenbogen versicherte, daß er erst durch das Buch der Genossen Paul Ufermann und Karl Häglin „Sinnes und seine Konzerne“ auf die Absichten aufmerksam geworden sei, die der in der Generalversammlung vertretene Sinnes-Konzern mit der Ise-Bergbau-A.G. haben könnte. Das im Bericht für Sozialwissenschaft erschienene Buch ist das Produkt einer außerordentlich fleißigen Arbeit, die an der Hand von umfassendem Material das Wirken und die Entwicklung des Riesenkonzerns, seiner Organisation und seinen Beziehungen an anderen Unternehmungen ausdehnt und sie der sozialistisch geschilderten Kritik unterzieht. Es ist unmöglich, im Rahmen einer Besprechung auch nur andeutungsweise die Fülle der Ergebnisse zusammenzufassen, die diese Untersuchung bietet. Die Arbeit zerfällt in eine Schilderung und Kritik des Aufbaues der einzelnen in Sinnes Hand zusammengeführten Konzerngruppen in ein großes Tabellarium das die Verflechtung der verschiedenen Unternehmungen und Beziehungen miteinander in übersichtlicher Weise darstellt. Bei dieser Gelegenheit erfahren auch die Auslandsinteressen des Sinnes-Konzerns eine eingehende Würdigung. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Verfasser die politischen Konsequenzen und die Folgerungen, die sich für die Gewerkschaftsbewegung aus dieser gewaltigen Trustbildung ergeben, kurz streiften. Die Darstellung ist die umfassendste und selbständige Kritik des Sinnes-Großkonzerns und wird für jeden, der die moderne Trustbildung studieren will, unentbehrlich sein.

Paul Ufermann hat im gleichen Verlage unter dem Titel „Könige der Inflation“ eine lebendige und anschauliche Schilderung jener Typen von Wirtschaftsführern entworfen, die erst durch die Geldentwertung entstanden sind oder in ihr sich erst voll auswirken. Das Buch ist mehr eine Einführung als eine erschöpfende Kritik. Manche Industrieführer sind nur in groben Strichen gezeichnet und zu sehr nur als Könige der Inflation gesehen. In Wirklichkeit bedeutet die Lässigkeit mancher dieser Industrieführer — und das gilt insbesondere für diejenigen, die schon vor dem Kriege eine große Kapitalgewalt besaßen — vielfach nichts anderes als die geradlinige Fortsetzung der schon früher von ihnen bei der Konzernbildung vertretenen Gedanken unter Ausnutzung der besonderen Möglichkeiten, die die Geldentwertung mit ihrem ungeheuren Kreditrisiko der Konzernbildung und der Sachwerthamsteri bot. Immerhin ist das Buch interessant und wegen seiner leichtfasslichen Darstellung besonders der Arbeiterschaft zu empfehlen.

Wer hingegen tiefer in die Probleme des industriellen Führertums eindringen will und die verschiedenen Typen in ihrer Wirklichkeit vor dem Kriege und später klar zu beurteilen sucht, wer die mannigfachen Bestrebungen und wirtschaftsorganisatorischen Tendenzen genauer kennen lernen will, in denen der Hang nach dem Profit sich auswirkt, wird die ausgezeichnete Darstellung „Deutsche Wirtschaftsführer“ von Felix Pinner (Frankfurt a. M.) Verlag der „Weltbühne“, mit großem Nutzen lesen. Das Buch ist eine Sammlung von Aufsätzen, die in der „Weltbühne“ erschienen sind und die später ergänzt wurden. Unter den zahlreichen Industrieführern, deren Porträts mit ebenso großer Liebe wie mit kritischer Schärfe gezeichnet wurden, spielen die Inflationstypen fast eine untergeordnete Rolle. In den Porträts eines Wolf und eines Kirdorf stehen verschiedene Weltanschauungen einander gegenüber mit verschiedengearteten Begriffen vom Wert der Arbeitskraft, von der Notwendigkeit einer zweckmäßigen Arbeitsorganisation und von

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Table with 2 columns: Item Name, Price. Items include Gerstengrößen, Hafergrößen, Weizenmehl, Speiseerbsen, Bohnen, Langbohnen, Linsen, Kartoffelmehl, Makkaroni, Schmalz, Butter, Margarine, etc.

Häufige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

der Pflicht des Unternehmers gegen sein Werk und gegen die Allgemeinheit. Pinner sucht in seiner Darstellung die Modelle aus den verschiedensten Wirtschaftsgebieten. Die Entwicklung der großen Warenhaustonzerne wird ebenso bedacht wie der Aufstieg der Schwerindustrie zu ihrer überragenden Stellung im kaiserlichen Deutschland und dem Höhepunkt ihrer Macht in der Inflation. Ein Kenner des Bankwesens und der Handelsorganisationen, hat Pinner auch die im Bankwesen vorhandenen verschiedenen Bewegungsgehalte in dem Bild führender Persönlichkeiten veranschaulicht, hat er ferner den Werdegang der Schiffsahrt, die Ausdehnung der Verarbeitungskonzerne mit ihrer internationalen Handelsorganisation einem sorgfältigen Studium unterworfen und aufgezeigt, wie unter gegebenen Voraussetzungen die Initiative und das Organisationsgeschick dieser meist grundverschiedenen Kapitalisten ihre Betätigungsfelder sucht und findet. So ist diese Porträtsammlung ein Stück Wirtschaftsgeschichte des neuen Deutschland. Es ist von außerordentlichem Reiz, die mechanischen Gesetze der kapitalistischen Entwicklung in dem Wirken dieser Personen aufgezeigt zu sehen, die alle zu einer Zeit auch als Wirtschaftsgestalter ihre Bedeutung hatten, die die Arbeiterschaft aber meist nur als ihre Gegner im politischen und sozialen Kampf kennt, die sie aber nicht nur kennen sollte, um sie zu bekämpfen, sondern auch, um die eigenen Waffen im Kampfe gegen das Kapital richtig und erfolgversprechend anzuwenden zu lernen.

Krach bei Ise-Bergbau.

Die Generalversammlung der Ise-Bergbau-Aktien-gesellschaft, die soeben stattfand, brachte eine außerordentlich ausgedehnte Debatte über die Rechte der Schutzaktionäre. Das sind die Besitzer solcher Aktien, die in der Inflation zum Schutz gegen Ueberfremdung geschaffen und mit mehrfachem Stimmrecht ausgestattet worden sind. Hinter diesem formalen Kampf um die Rechte der Schutzaktionäre jedoch stand eine scharfe Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Richtungsgruppen um den reichen Kohlenbesitz der Ise-Bergbau-A.G. und seine Verwendung. Bisher hatte der Sinnes-Konzern nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Aktien der Isegrube. Doch der Vertreter der Sinnes-Gruppe unter den Opponenten austrat, wird darauf zurückgeführt, daß dieser Konzern die Absicht hat, seinen Einfluß über die Ise-A.G. auf das Niederkaufler Braunkohlenrevier auszuweiten. Der Besitzergreifung von Ise stehen aber 160 Millionen Schutzaktien im Wege.

Auf der Generalversammlung war eine wohlorganisierte Opposition aufgetreten, die die Einziehung der gesamten Schutzaktien verlangte, und zwar mit der Begründung, daß durch sie die Ise-Substanz verwässert würde. Weiter wurde darauf verwiesen, daß die Mittelbauische Creditbank 60 Millionen Stammaktien für ganze 5000 Goldmark erworben hat. Die Verwässerung erklärte sich bereit, 100 Millionen Stammaktien zurückzugeben, nicht aber die restlichen 60 Millionen Schutzaktien, von denen sie 30 Millionen zum Uebernahmepreis zurückfordern will, um Bergwerksfelder vom Fiskus zu erwerben. Als die Opposition die Verwaltung weiter berannte, machte diese der Komodie mit der Erklärung ein Ende, daß die gesamten 160 Millionen Schutzaktien auch in der Versammlung mitstimmen würden, und daß sie auch den Fiskus, der seine Felder nur gegen Aktien herbeige, nicht zwingen könne, auf sein Stimmrecht zu verzichten. Außerdem wies sie unverbitt auf die Pläne der Firma Sinnes hin, die ihr erst klar geworden seien, als sie das Buch „Sinnes und seine Konzerne“ gelesen habe. Die so abgefeigte Opposition verlor ihre Auftraggeberin, die Firma Sinnes, zu versagen, indem sie das angelegene Buch als die Arbeit eines stud. rer. pol. im ersten Semester beschimpfte. Jedoch sah sie, indem sie ihren Protest zu Protokoll gab, ein, daß der Versuch, die Ise zu annektieren, für heute fehlgeschlagen ist.

Man kann gespannt sein, welchen Weg Böger und die Seinen jetzt gehen werden, um im Niederkaufler Kohlenbergbau festen Fuß zu fassen.

Ueber 2000 Firmen unter Geschäftsaufsicht.

Die Zahl der unter Geschäftsaufsicht stehenden deutschen Firmen ist nach den bisherigen Feststellungen des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels auf weit mehr als 2000 angewachsen. Die tägliche Zunahme betrug in den letzten Tagen durchschnittlich 26 Firmen. Ursache hierfür macht sich die Wirkung der Robelle zur Geschäftsaufsicht-Verordnung dadurch bemerkbar, daß jetzt täglich durchschnittlich 21 Geschäftsaufsichten aufgehoben werden, so daß zu hoffen ist, daß in Kürze alle unzulässigen und konfuzirenden Elemente aus der Geschäftsaufsicht ausgeschlossen sein werden.

Deutsch-italienische Handelsbeziehungen. Die italienische Ausfuhr nach Deutschland übertraf in den ersten vier Monaten d. J. die Einfuhr aus Deutschland nach Italien um 118 Millionen Lire. Italien führte Waren im Werte von 405 Millionen Lire nach Deutschland aus, und zwar hauptsächlich Seide für 123 Millionen, Apfelsinen für 69, Eier für 37, Rohhäute für 33, Hanf für 31 und getrocknete Früchte für 29 Millionen Lire. Deutschland führte nach Italien ein hauptsächlich Maschinen und Maschinenteile für 57 Millionen, bearbeitete Häute für 32, Farben und Firnis für 19, Eisen- und Stahlarbeiten für 16 Millionen Lire. Die Sachlieferungen auf Reparationskonto sind in dieser Statistik nicht berücksichtigt. — Nach der „Tribuna“ sollen in einer einzigen Woche des verfloffenen Monats in München aus Italien angekommen sein: 28 Waggonen mit Zitronen, 502 mit Kartoffeln, 50 mit Bohnen, 65 mit Gurken, 50 mit Tomaten, 4 mit Zwiebeln, 92 mit Kürbissen, 4 mit Aprikosen und 2 mit Pflaumen. Das Blatt glaubt, daß die italienische Einfuhr nach Deutschland in der nächsten Zeit noch zunehmen wird.

Der Kampf der Sowjetregierung gegen die Mähernte. Die unter Krolows Vorhild gebildete russische Hilfskommission für die Weizengebiete hat eine Reihe von Maßnahmen zur Verringerung der Not in den betroffenen Gebieten ausgearbeitet. Zunächst sollen, um einer Verminderung der kommenden Winterfrüchte vorzubeugen, rechtzeitig 9 Millionen Pud Saatgut den Weizengebieten zugeführt werden. Barrärg sind aber nur 1 Million Pud, so daß 8 Millionen Pud durch die Getreideaufsichtsorgane beschafft werden müssen. Zu dieser Arbeit werden auch die Genossenschaften herangezogen werden. Ferner sollen von den Getreidevorräten der Weizengebiete, die 1,5 Millionen Pud betragen, 948 000 Pud unverzüglich realisiert werden. Außerdem werden noch 945 000 Pud Getreide zur Ernährung der notleidenden Gouvernements zur Verfügung gestellt. 400 000 Pud sind schon der deutschen Wolga-Republik, den Gouvernements Jorazin, Scharow usw. zugewiesen worden. Diese Maßnahmen hat schon präsentend gewirkt. Endlich sollen Vorträge zur Erhaltung des Viehbestandes getroffen werden. Damit ist die Landwirtschaftsamt betraut worden, der zu diesem Zweck 8 Millionen Goldrubel bewilligt wurden. Materielle Hilfe wird solchen Bauernwirtschaften erteilt, die nicht mehr als je zwei Pferde und Kühe besitzen. Man hofft, auf diese Weise 85 bis 90 Proz. des Großviehs der Weizengebiete durch den Winter zu bringen.

